

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Weltmachtstellung der organisierten Arbeiterklasse

Die Arbeit ist der einzige Herr, der die Welt leiten darf. Ihm gebührt unumschränkte Herrschaft.

Das diesen Zeilen vorangesehene Motto fanden wir letzten in einem Artikel Hellmuth v. Gerlachs in der „Welt am Montag“. Ein bürgerlicher Demokrat, doch ein erfahrener Weltpolitiker mit offenem Blick für die realen Kräfte, die in Politik und Geschichte wirksam sind. Einst wurde von Bismarck die Presse als die siebente Großmacht bezeichnet. Die organisierte Arbeiterklasse heute die erste Großmacht genannt werden. Mit zunehmender Deutlichkeit drückt heute der Riese Proletariat der internationalen Politik seinen Stempel auf. Selbst in den noch kapitalistisch regierten und beherrschten Ländern wird jede Frage der Politik, jede Angelegenheit des öffentlichen Lebens erst darauf untersucht, welche Stellung die sozialistische Arbeiterklasse dazu einnimmt. Und diese offensichtlich in die Augen springende Erscheinung würde noch weit wirksamer sein, wenn die Arbeiterklasse nicht zerrissen und gespalten wäre.

Der gigantische Kampf, der gegenwärtig im Osten zwischen Sowjetrußland und Polen ausgefochten wird, hätte längst zu Ungunsten Rußlands ausgefallen, wäre die organisierte Arbeitermacht aller Länder nicht auf den Plan getreten. Man täusche sich nicht in den Eriekräften des verbündeten Imperialismus der Entente: Frankreich hätte längst mit starken bewaffneten Kräften eingegriffen, um den polnischen Latifundienbesitzern zu helfen, die es als Nachwächter seiner verlorenen Milliarden betrachtet. Aber die deutsche Neutralitätserklärung hätten sich die französischen Militaristen glatt hinweggesetzt. Doch durch den einmütigen Protest und die unzweideutigen Sympathie Kundgebungen der europäischen Arbeiter für Sowjetrußland bekam die Frage der aktiven Kriegshilfe für die Polen eine Wendung. Ohne Überhebung kann festgestellt werden, daß die deutschen Arbeiter ihren Mann in diesen Wochen gestanden haben. Befreit von dem Willen, die Neutralität hochzuhalten und auf jeden Fall eine aktive Hilfe des von der Entente protegierten Polenstaates zu verhindern, hat die deutsche Arbeiterklasse der Parole gefolgt, die in öffentlichen Kundgebungen von den Spitzenorganisationen erfolgte. Das Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Kampforganisationen Deutschlands hat neuerdings seine Krönung in der Einsetzung eines Aktionsausschusses gefunden, der als proletarische Oberinstanz die Neutralität gegenüber Sowjetrußland zu überwachen hat. Unverständlich ist es uns, wie die R.P.D. sich hierbei selbst ausschaltete und das einmütige Zusammenstehen aller Organisationen bekämpfte. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die deutsche Arbeiterklasse gezeigt hat, in solch schwierigen Situationen ihren Mann zu stellen. Hoffen wir, daß es so bleibt und sich die Einmütigkeit auch darin zeigt, Reformen in streng sozialistischem Sinne im Innern Deutschlands durchzuführen.

Eine zufriedenstellende Entwicklung scheint die englische Arbeiterbewegung zu nehmen. Sie scheint sich von den alten ausgefahrenen Geleisen des reinen Trade-Unionismus frei zu machen und Wege einzuschlagen, die das Beste für die Zukunft erwarten lassen. Die Gewerkschaften Englands traten in einer Konferenz zusammen, über die der Daily Mail unter anderem zu berichten wußte:

Die gestrige Arbeiterkonferenz in London war vermutlich die eintägige, bedeutungsvollste und wichtigste politische Versammlung der Kräfte der Arbeiterklasse, die unsere Geschichte je erlebt hat. Nur zwei Tage waren dazu verwendet worden, die Versammlung einzuberufen, und mehr als tausend Delegierte waren zugegen. Zum erstenmal seit dem Kriege waren alle Richtungen der Arbeiterschaft vertreten. Am bemerkenswertesten war es, daß keine Opposition, kein Gezänk, keine Kritiken und keine Verstimmung kam. Es war nichts als vollständige und begeisterte Einmütigkeit zu bemerken.

Selbst der schlaue Staatsmann Lloyd George erkannte in dem Eingreifen etwas Neues; er bezeichnete die Aktion der englischen Arbeiter als eine Art Sowjetismus und wohl oder übel mußte er sich mit ihnen auseinandersetzen. Wir begrüßen das Erwachen der englischen Arbeiterschaft als ein neues Symptom der Weltrevolution.

Verheißungsvoll für die Zukunft gestaltete sich der internationale Bergarbeiterkongreß. Fast drei Millionen Knappen waren in Genuß vertreten und fassen Beschlüsse, deren Bedeutung nicht genug hervorgehoben werden kann. Die Fragen, die dort behandelt wurden, betrafen nicht nur die Bergarbeiter, sondern sie berührten das Gesamtgeschick der arbeitenden Bevölkerung der Welt. Durchführungen von der Ansicht, daß die schwarzen Diamanten, dieses vor Jahraufenden von Sonnenstrahlen kondensierte Naturprodukt, den Ausbeutungsgelüsten Einzelner zu entziehen sei, forderte der Kongreß: „daß die Bedürfnisse der ganzen Welt nur erfüllt werden können, wenn der Kapitalismus endgültig aus der Bergwerksindustrie beseitigt und durch Nationalisierung oder Sozialisierung ersetzt wird.“ und ferner: „daß alle Länder endgültig für die Rationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung des kapitalistischen Besitzrechts und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter des Staates, der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten.“ Genau so wichtig als die Sozialisierung ist die internationale Verteilung der Kohle. Daher wurde ein Antrag zum Beschluß erhoben, die Errichtung eines internationalen Kohle Rates vom internationalen Bergarbeiterbund in die Hand zu nehmen, der in Verbindung mit dem internationalen Arbeitsamt die Produktion regeln, die Preise festsetzen und die Verteilung der Kohle auf alle Länder vorzuschreiben soll. Welche Konsequenzen liegen in solchen Beschlüssen? Mit

Kraft und Energie zur Einführung gebracht, können sie zur Weltregelung der Kohlenproduktion führen. — Von großer Bedeutung und zugleich ein Menetekel für die kriegslüsterne Bourgeoisie war auch die einmütige Kundgebung gegen den Krieg. Der Präsident des Kongresses, der englische Genosse Smillie, konnte schon einleitend unter allgemeiner Zustimmung erklären: Der internationale Bergarbeiterkongreß müsse sich heute nicht nur grundsätzlich gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen für die organisierte Arbeiterschaft ins Auge fassen; der Kongreß müsse sich im Falle eines Krieges grundsätzlich für den internationalen Streik aussprechen. Eine diesbezügliche Entschlieung wurde unter dem Jubel der Anwesenden einstimmig angenommen. Der internationale Bergarbeiterkongreß war ein Beispiel dafür, zu welchen Machtmitteln internationale Gewerkschaftsorganisationen ausgebaut werden können.

Ein Symptom für die zunehmende Bedeutung der internationalen Arbeitermacht war auch der Boykott gegen Dorthy-Ungarn. Zum ersten Mal trat die Internationale der Gewerkschaften auf den Plan, um mit einem spezifisch gewerkschaftlichen Kampfmittel in die internationale Politik einzugreifen. Verschiedene Umstände haben dazu geführt, den Boykott nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Sie sollen hier ununtersucht bleiben. Es gelang nicht, die weiße Bestie in Ungarn zum Abdanken zu zwingen. Aber als Perspektive war der Boykott von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Kann doch dieses Kampfmittel, musterhaft organisiert und mit dem nötigen Nachdruck geführt, einmal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu großer Bedeutung gelangen. Erwähnt werden kann bei dieser Gelegenheit, daß zur Zeit des Boykotts der gefährlichste der ungarischen Banditen, Dorthy, sich ebenfalls auf einem internationalen Arbeiterkongreß befand, wo er sogar ob seiner Taten angehimmelt wurde: auf dem christlichen internationalen Arbeiterkongreß in Amsterdam. Das charakterisiert die Gesellschaft zur Genüge.

In den letzten Tagen hat der Internationale Gewerkschaftsbund ein Manifest an die Arbeiter aller Länder gerichtet, worin u. a. folgendes gesagt wird:

Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereit zu halten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen. Diesen Grundätzen entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, verlangt der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Überfall. Der allgemeine Weltfriede muß baldigt hergestellt werden, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker! Um dieses proletarische und durchaus menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, energisch jegliche Verdrängung von Truppen und Munition zu verweigern. In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereit zu halten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen. Kameraden! Im Jahre 1914 war unsere Organisation noch zu schwach, um sich dem Krieg zu widersetzen. Heute ist sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil von einem viel entschiedeneren antikapitalistischen und antimilitaristischen, einem viel ausgesprochener sozialistischen und revolutionären Geiste befeelt. Heute muß sie in sich selbst, in ihren eigenen Kampfmitteln, die Macht finden, die Welt die Erneuerung solcher Greuel zu ersparen! Die Verweigerung jedweden Transportes für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität! Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf Euch!

Eine Macht von 27 Millionen Arbeitern, wie sie aus diesem Aufruf spricht, muß von der herrschenden Klasse respektiert werden. So schrieb denn auch die Frankf. Zeitung schon am 19. August: „Die internationale Aktion der Arbeiter ist dennoch eine sehr ernste Mahnung, und nicht nur an England und Frankreich, sondern an alle Staaten. Es ist das erste Mal, daß die Arbeiterklasse verschiedener Länder, auch Italien hat sich angeschlossen, übereinstimmend praktisch eingreift, einen Krieg oder seine Ausdehnung zu verhindern.“ Mögen die Arbeiter erkennen, welche Gewalt sie in dem festen Zusammenschluß ihrer Organisationen besitzen.

So bieten die Vorgänge auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterbewegung ein verheißungsvolles Omen für die Zukunft. Namentlich die Aktivität der Gewerkschafts-Internationale ist nicht hoch genug zu bewerten. Sie allein ist auch heute, bei der nationalen und internationalen Zerrissenheit der politischen Arbeiterbewegung, imstande, als geschlossener Machtfaktor in das Getriebe der Weltpolitik erfolgreich einzugreifen. Unsere Aufgabe besteht nur noch darin, die der Gewerkschafts-Internationale angehörenden Organisationen mit dem Geiste einer revolutionären Politik zu befeelen, damit sie auch imstande sind, revolutionäre Errungenschaften zu verteidigen und internationale Massenaktionen einzuleiten, die zum Ziele haben, die Arbeiterklasse von der Herrschaft des Kapitalismus zu befreien. In diesem Sinne wünschen wir auch, daß der jetzt, im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, zu Ende gehende Internationale Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen eine Basis finden möge, die geschlossene internationale Aktionen möglich macht.

### Gewerkschaften und Betriebsräte in der Tschecho-Slowakei

Als auf dem Boden einer revolutionären Entwicklung der Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaften vertreten wir den Standpunkt, daß Betriebsräte und Gewerkschaften zusammengehören und sich gegenseitig in ihrer Machtentfaltung ergänzen müssen. Revolutionäre Gewerkschaften können ihre geschichtlich vorgezeichnete Mission nur erfüllen, wenn sie die Möglichkeit haben, sich auf ihren Gebieten in jeder Beziehung und in jeder Form zu betätigen. Das ureigenste Gebiet der Gewerkschaften ist das Wirtschaftsleben. Hier, wo uns die größte aller Revolutionen erst noch bevorsteht, wo erst die bisher ganz oberflächlich erfolgte politische Umwälzung Wurzel schlagen und sich ökonomisch befestigen muß, sollen die Gewerkschaften jene Herkulesarbeit der Umwälzung vollbringen helfen. Weiter wird von den meisten Arbeitern noch nicht im entferntesten erkannt, was eine wirtschaftliche Revolution zu bedeuten hat. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, ein Wort, das jeden Tag in hundertlei Variationen ausgesprochen wird, ist ein Problem von geradezu ungeheurer Bedeutung.

Gerade weil wir als revolutionäre denkende Sozialisten dies erkannten, strebten wir danach, die Gewerkschaften loszulösen von jener alltäglichen Kleinarbeit, in der sie zu versinken drohen; arbeiteten wir mit allen Fasern unseres Herzens, um den Miesenapparat der gewerkschaftlichen Millionenorganisationen in den Dienst der revolutionären Entwicklung zu stellen. Um aber die Gewerkschaften schlagfertig und befähigt zu machen, diese Aufgabe zu erfüllen, mußten wir ihnen neue Werkzeuge schaffen, mit denen sie ins Naderweh der Weltgeschichte fühlbar und bestimmend eingreifen konnten. Diese Werkzeuge sahen wir in den Betriebsräten. Neue Organisationen zu schaffen in unserem überorganisierten Zeitalter, halten wir für ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Kam es uns doch, und namentlich in letzter Zeit, nur allzu deutlich zum Bewußtsein, daß wir nicht zu wenig, sondern viel zu viel Organisationen haben. Mit Betriebsräten, ausgestattet mit allen Befugnissen, in den Betrieben kontrollierend und bestimmend eingreifen zu können, wären die Gewerkschaften eine unüberwindliche Macht, ja die höchste organisierte Machtentfaltung des Proletariats überhaupt.

Wir müssen nun konstatieren, daß dieser unser Standpunkt von fast allen mit dem Wesen der Wirtschaft vertrauten und in den Organisationen an führender Stellung stehenden Gewerkschaftern unserer Gesinnung ohne weiteres gebilligt und gutgeheißen wird. Die Gewerkschaften Deutschlands, die auf oppositionellem Boden stehen, gehen mit uns in allen diesen Fragen konform. Parallelen, die wir mit dem Ausland ziehen könnten, sprechen ebenfalls für unsere Auffassung. Daß in Rußland die Gewerkschaften nicht zu Organisationen zweiter Klasse herabgewürdigt sind, ist in diesen Spalten schon des öfteren dargelegt worden. In Österreich steht die Sache genau so. Auch dort denkt niemand daran, eine wirtschaftliche Käteorganisation zu schaffen, stattdessen die Beten zu ernst sind, um Organisationspielereien zu treiben.

Nun hat wiederum eine gewerkschaftliche Landeskonferenz stattgefunden, welche ebenfalls nicht in den Bereich des gewerkschaftlichen Kreinismus gebracht werden kann und hat zu der Frage Betriebsräte und Gewerkschaften Stellung genommen: der Gewerkschaftskongreß der Gewerkschaften deutscher Zunge in der tschecho-slowakischen Republik. Dieser Kongreß, der vom 25. bis 30. Juli tagte, nahm eine Resolution an, die sich mit unserer Ansicht in den wesentlichsten Zellen deckt. In der Resolution zur Frage der Sozialisierung und der Betriebsräte heißt es u. a.:

„Innerhalb der kapitalistischen Warenwirtschaft bestand die Aufgabe der Gewerkschaften darin, der Ausbeutung der Arbeiter Schranken zu setzen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen. In der Zeit des Niederganges und der unausschießbar gewordenen Beseitigung des Kapitalismus wird ihre Aufgabe: Kreis erweitert; ihnen kommt nun auch zu, kraftvoll mitzuwirken am Neubau der Wirtschaftsordnung und an der Ausrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Als ersten, dringendsten Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaftsverfassung streben die gewerkschaftlich organisierten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen die Demokratie in den Betrieben an. Sie fordern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Betrieben, Einführung von Betriebsräten, die in den Betrieben frei zu wählen und mit entsprechenden Vollmachten auszustatten sind und die, auf die Macht der Gewerkschaften gestützt, in allen Fragen, die das Arbeitsverhältnis, die gesundheitlichen Einrichtungen der Arbeitsstätten und die Betriebsführung betreffen, mitzuentschenden haben. Sollen jedoch die Betriebsräte ihre wichtigen Aufgaben in vollem Umfang erfüllen und ausgerüstet mit der notwendigen Kraft wirken, dann müssen sie aus den Gewerkschaften der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen hervorgehen. Ihre Eingliederung in die Gewerkschaftsorganisation ist deshalb notwendig und eine Lebensfrage für die Gewerkschaften selbst, weil sie nur dann in deren Einbernehmen ihres wichtigen wirtschaftlichen Amtes walten können. ... Daher gilt es, dem Widerstand der kapitalistischen Klassen und der Bürokratie gegen die Sozialisierung zu begegnen, die dazu notwendigen Kräfte in den wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiter zu entwickeln und das gesamte Proletariat dieses Staates für den Kampf um das a. o. Ziel des Sozialismus zu sammeln und zu entflammen. Im Wege der politischen Macht und erfüllt von ihrer geschichtlichen Aufgabe wird die Arbeiterklasse das Werk ihrer Befreiung vollenden und kraft ihrer Beschaffenheit in planvoller Arbeit einen Wirtschaftszustand ausrichten, worin Ausbeutung und Unterdrückung keinen Platz mehr haben und Gemeinnut an die Stelle kapitalistischer Gewinnsuche tritt. Die Angestellten und Arbeiter im Kampf für den Sozialismus zu erziehen und zu schulen, das ist in dieser Stunde die vornehmste und dringendste Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, für deren Bewältigung alle Kräfte eingesetzt werden müssen.“

Hoffen wir, daß es unseren Brüdern in der Tschecho-Slowakei gelingt, ihre Ziele durchzusetzen. Jedenfalls beweist diese Stellungnahme über das Zusammenarbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften, daß wir gar nicht so sehr unrecht haben, wenn wir uns dagegen wehren, die Gewerkschaften wirtschaftlichen Betriebsräteorganisationen unterzuordnen. Daß fast alle Organisationen von der Bewegung sich unserem Standpunkt nähern, zeigt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Und so wollen wir auch weiter arbeiten.



# Die wirtschaftliche Lage des deutschen Maschinenbaues 1919/1920

Die Geschäftslage des deutschen Maschinenbaues hat von Ende April bis Anfang Mai 1920 bei dem herein angebrochenen Winter eine Rundfrage abgehalten, deren Ergebnis sie jetzt in einem Bericht veröffentlicht. Danach sind Bemerkungen und Meinungen in der Arbeiterverhältnisse und bei der Geschäftsentwicklung sowie Mangel auf allen Gebieten die beste Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Maschinenbaues im Berichtsjahr 1919/1920. Tüchtige, zuverlässige ältere Arbeitskräfte sind überall gesucht. Die Firmen erhalten vielfach ungeeignete Leute angewiesen, von denen sie sich nur schwer wieder befreien können. Die Heranziehung von geeigneten Arbeitskräften scheidet vielfach an der Wohnungsfrage. Die Arbeitslust hat sich wenigstens bei den älteren Leuten wieder gehoben, dagegen läßt die Arbeitswilligkeit der jüngeren noch sehr zu wünschen übrig. (8) Überstunden wurden zum Teil abgelehnt oder nur gegen besondere Lohnzusatzlagen geleistet. Der teilweise noch nicht ausgegebene Widerstand gegen die Fließarbeit führt zu ungleichmäßigen Herstellungskosten und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Firmen. Die Arbeitsleistungen sind erheblich, zum Teil bis auf 50 und 60 v. H. der Friedensleistung zurückgegangen. Jede der neuen Lohnverordnungen, die trotz abgeschlossener Tarife alle paar Wochen oder Monate verlangt wurden, brachte eine Unmenge zeitraubender und unproduktiver Arbeiter mit sich, weil für die nach Tausenden zählenden Arbeiter jeweils neue Preise festzusetzen waren. Die Betriebsführung hatte unter dem Brenn- und Wuststoffmangel sehr zu leiden. Die Abhängigkeit von der Rohstofflieferern betrafen besonders die reinen Maschinenfabriken sehr empfindlich zu spüren. Die Güte der gelieferten Baustoffe ließ zum Teil sehr viel zu wünschen übrig. Hilfsstoffe, wie Leder, Leimtreiböl usw., waren schwer zu beschaffen. Die Preise sind außerordentlich gestiegen; so kostete zum Beispiel Schmieröl 40 M je 100 Kilogramm, heute 1700 M. Der Warenmangel machte sich bei der Rohstoffzufuhr wie beim Versand der Erzeugnisse sehr bemerkbar; ebenso erschweren die hohen Frachten den von den Rohstoffgebieten abwärts liegenden Werken das Geschäft. Von einer Produktivität kann im Allgemeinen keine Rede sein. Infolge der anbauenden Rohstoffknappheit mußte die Arbeit vielfach gestoppt werden. Auch Arbeitsunlust, häufige Unruhen und Streiks sowie verkürzte Arbeitszeit hemmen die volle Ausnutzung der Werkstätten. Die Steigerung der Betriebskosten und unproduktiven Ausgaben ist bedeutend. Die Vereinheitlichung ist weiter vorgeschritten und hat zum Teil bereits gute Erfolge erzielt.

Auf dem Inlandmarkt war für die eingeschränkte Erzeugung Absatz im allgemeinen zunächst genügend vorhanden; infolge der sprunghaftigen Steigerung der Verkaufspreise der letzten Monate ließ der Inlandabsatz aber nach und ruhte später fast ganz. Die eingetretene Verschärfung des Marktes hat die Zurückhaltung der Verkäufer noch verschärft. Die Händlerlandschaft hält mit dem Einkauf ebenfalls zurück, da sie noch vielfach im Besitz von großen Beständen ist. Wegen des Mangels an festen Aufträgen sind viele Werke gezwungen gewesen, auf Lager zu arbeiten oder Ausbesserungsarbeiten anzunehmen, um die Leute weiter beschäftigen zu können. Das Ausland ist heute nicht mehr der willige Käufer wie noch vor einigen Monaten. Seitdem in Auslandsmärkten Angeboten wurde, haben verschiedene Firmen einen Rückgang der Aufträge beobachtet. Die Nachfrage aus Polen und Österreich ist wegen der dortigen geringen Valuta gering; mit unseren bisherigen Feinden hat sich im Laufe der Zeit jedoch vereinzelt der Verkehr wieder angebahnt.

Wegen der Verlangsamung der Produktion und des hohen Preis- und Lohnstandes besteht nach wie vor ein großes Kapitalbedürfnis. Bei der Unklarheit aller Verhältnisse, bei der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung und der Ungewißheit, ob Kohlen und elektrischer Strom zur ungehinderten Betriebsführung zur Verfügung stehen, läßt sich heute auch nicht annähernd beurteilen, wie lange eine wirtschaftliche Fortführung der Betriebe möglich ist. Wenn sich die Verhältnisse nicht bald bessern, muß in nächster Zeit mit Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen gerechnet werden. Daß unter diesen Umständen die Aussichten des deutschen Maschinenbaues nicht sehr günstig sind, ist nicht weiter verwunderlich. Die Absatzschwierigkeiten auf dem In- und Auslandsmarkt werden nicht schnell behoben werden, die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland ist auf die Dauer gefährdet.

Dieser Bericht ist ein typisches Beispiel von der Auffassung in den Unternehmerkreisen über die Ursachen unseres heutigen Wirtschaftskrisens. Hoher Arbeitslohn, Arbeitsunlust und gestiegene Arbeitsleistung ist ihrer Ansicht letzter Schluß. Ein widerliches Nachdenken läßt widerlegen, abgeschmackter Phrasen, die niemals bewiesen, aber von der Arbeiterschaft oft ad absurdum geführt werden konnten. Derartige Berichte müssen nur die Unterlage zur Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage bilden, kein Wunder also, wenn überall Rat- und Hilfeslosigkeit herrscht, denn niemand weiß, wie es in Wirklichkeit steht. Die Arbeiterschaft lernt aber mehr und mehr erkennen, daß es so nicht weitergehen kann. Die Produktionsmittel, die sich in den Händen der Privatunternehmer befinden, werden nicht benutzt zur Aufrechterhaltung des daniederliegenden Wirtschaftskreislaufes, sondern dienen gegenwärtig zur Sabotierung des Wiederaufbaues sowie der Vermehrung des Kapitals, da die Herrschaftsklasse über das Proletariat scheinbar noch nicht voll befriedigt sind. Es geht dem Ruin zu, daran werden auch die Reformen des Stiefel verkaufenden Oberbürgermeisters nichts mehr ändern. Wahrscheinlich, die große Zeit hatte kleine Männer gefunden.

Handelsreisende und Arbeiterinnen betrifft, also noch nicht einmal das ärmste Proletariat, ist bereits der Zusammenhang zwischen Tuberkuloseerkrankung und Wohnungswesen durch ein großes Zahlenmaterial einwandfrei dargelegt worden. Danach ist (im Jahre 1911) die Tuberkuloseerkrankung in den Wohnungen von 1 Zimmer rund 13 pro 1000, bei Wohnungen von 2 Zimmern, die überfüllt sind als die von 1 Zimmer, 14 pro 1000, bei Wohnungen von 3 Zimmern 10 und bei Wohnungen von mehr Zimmern nur 4,5 pro 1000. Die Tuberkuloseerkrankung ist also um so größer, je dichter die Wohnungen besetzt sind. In einer sehr lehrreichen Schrift hat neuerdings der Direktor der Göttinger Universitätsklinik E. Hirsch den Einfluß der Wohnung auf die Verbreitung der Tuberkulose geschildert. Danach beträgt die Sterblichkeit an Lungentuberkulose in den industriellen und städtischen Landbeständen doppelt so viel wie in den rein ländlichen Bezirken; in der überwiegend industriellen Rheinprovinz starben von 10000 Einwohnern 29 an Tuberkulose, während in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern nur 15 der Krankheit erlagen.

Die Heilung der Tuberkulose, wenn sie erst einigermaßen vorgeschritten, ist meist vergebliche Liebesmühe; wichtig und für die Verhütung der Volkskrankheit unbedingt erforderlich ist vor allem die Verhütung der Krankheit, das heißt die Bekämpfung der Tuberkuloseverbreitung durch umfassende sozialhygienische Maßnahmen. Die Tuberkulose ist bei dem heutigen Stande der Wissenschaft und der ungeheuren Verbreitung des parasitären Krankheitsgiftes nicht an einzelnen Menschen zu heilen, sie ist eine Krankheit, die an der Gesundheit des ganzen Staatskörpers nagt, und daher erfolgreich nur mit allgemein-sozialen Maßnahmen zu bekämpfen. Die Zahl der Tuberkulösen und infolge dessen nicht voll Erwerbsfähigen beträgt in Deutschland zirka 1 1/2 Millionen, die Zahl der jährlichen Todesfälle infolge Tuberkulose nach der amtlichen Statistik fast 100000; ebenso groß ist die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen. Infolge der Kriegswirtschaft haben sich diese Verhältnisse eher verschlechtert als verbessert.

Wie kann nun praktisch die Verbreitung der Tuberkulose gebremst werden? Die bisher beschrittenen Wege gipfeln darin, die Leichtkranke für einige Monate in Lungenheilanstalten unterzubringen, sie hier durch gute Pflege und Ernährung, durch Luft- und Sonnenbäder einer Heilung und damit ihrem Beruf wieder zuzuführen. Die Schwerekranken werden gewöhnlich in Krankenhäusern übergeführt, um hier ihrem Ende entgegenzugehen und ihre gefährdeten Angehörigen nicht immer von neuem der Infektion auszuweichen; eine wirkliche

# Der Kampf der Freien Arbeiter-Union gegen die Zentralgewerkschaften

Im Jahr 1919 führten die Unionisten in Düsseldorf einen scharfen Kampf gegen die Zentralgewerkschaften. Dieser Kampf wird größtenteils von Leuten geführt, die bis zur Verabschiedung des Krieges unorganisiert waren und sich dann der Not gehorchend in die freien Gewerkschaften aufnehmen ließen. Die Freie Arbeiter-Union bestand damals noch nicht, wohl aber der Allgemeine Arbeiter-Verband. Im Juni 1919 wurde dann die sogenannte Allgemeine Arbeiter-Union gegründet, und zwar unter der Führung eines gewissen Leo Schulz, einem ehemaligen Streikbrecher und Gefundbeter, der die Bibel stets auf seinem Arbeitsplatz mitführte.

Der Allgemeine Arbeiter-Verband machte der Arbeiterschaft ungeheure Versprechungen, unter anderem forderte er einen Einheitslohn, ferner beliebe er seine Agitation durch Erhebung von niedrigen Beiträgen, Bekämpfung des Bonzenums und andere schöne Dinge. Man versuchte den sogenannten Einheitslohn einzuführen und machte für diese funktionslose Idee ungeheuren Lärm, mußte jedoch recht bald wieder ablassen, weil derartige aus Agitationsrücksichten aufgeworfene Fragen gar nicht zu verwirklichen sind. Man witterte gegen Tarifverträge und schloß selbst welche ab. Das „Bonzenum“ wurde in Grund und Boden verdammt und stellte selbst einige „Bonzen“ an. Streiks und abermalige Streiks sollten geführt werden, um dadurch das Unternehmertum müde und zum Sozialisieren reif zu machen. Die Folge davon war, daß ein Streik nach dem anderen verloren ging. Diese Proben gewerkschaftlicher Unkenntnis trugen dazu bei, daß der Allgemeine Arbeiter-Verband immer weiter zurückging. Als der Glanz dieses neuen Sterns am Gewerkschaftshimmel verblaßt war, trat ein Streiber mit Namen Ham und dann Leo Schulz, der Gefundbeter, auf die „Weltbühne“, um der Arbeiterschaft die goldene Freiheit zu bringen.

Sie gründeten im Juni 1919 die „Allgemeine Arbeiter-Union“. Das Statut der Allgemeinen Arbeiter-Union war ein Sammelsurium von Dummheit und Phrasen. Da die Allgemeine Arbeiter-Union eine rein wirtschaftliche und keine politische Organisation sei, „so wird“, heißt es an einer Stelle, „hier an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Religion Glaubens- und Gewissenssache eines jeden einzelnen Mitgliedes ist und werden Erörterungen in den Versammlungen darüber nicht geduldet.“ Weiter heißt es in dem Statut: „In allen wirtschaftlichen Fragen und Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind die Betriebsausschüsse die Vertreter der Arbeiterschaft. Werden der Betriebsausschüsse Schwierigkeiten bereitet, so tritt der Union-Wirtschaftsrat in Aktion.“

Nach § 4 der Satzungen der A.A.U. werden die Beiträge der Mitglieder zunächst angelegt und bleiben Guthaben derselben. Die Zinsen finden Verwendung für wirtschaftliche Zwecke, es kann jedoch über Guthaben, solange sie der Union angehören, nicht eingeräumt werden. Die Rückzahlung soll erfolgen bei gänzlicher Invalidität, beim Tode und bei Ueberführung nach einem anderen Orte. Der Beitrag wurde damals auf 50 M, die Woche festgesetzt und wurde diese Höhe bis zur Verschmelzung beibehalten. Das Programm in seiner Gesamtheit war ein Admittel für die zahlungsunwillige, ebenfalls indifferente Masse. Neben diesen beiden Organisationen (Allgemeine Arbeiter-Union und Allgemeiner Arbeiterverband) bestand in Düsseldorf noch eine dritte Organisation, die sogenannte „Freie Vereinigung“ oder Syndikalisten. Alle drei gemeinsam hatten sich die Bekämpfung der Zentralgewerkschaften und die Zersplitterung der Arbeiterschaft zum Ziel gesetzt. Jede Organisation wollte die revolutionärste sein, weshalb sie unter sich in Streit gerieten. Außer diesen drei Organisationen waren aber noch weitere in Vorbereitung, gab es doch noch Leute, die ihr Licht noch leuchten lassen wollten. Der Mitgliederstand dieser allgemeinen Kauferei doch schließlich die Geduld aus. Ein Teil der Mitglieder trieb zum Zusammenschluß, ein anderer sagte allen dreien Valet. Der Not gehorchend, mußte man der Verschmelzung näher treten. Der eifrigste Verfechter der Verschmelzung war Windhoff, Führer der Syndikalisten in Düsseldorf. Windhoff sagte, daß nur die Syndikalisten den Vorteil daraus ziehen würden. Seine Kalkulation hat sich auch als richtig erwiesen, denn heute ist von der Allgemeinen Arbeiter-Union und vom Allgemeinen Arbeiterverband nichts mehr übrig geblieben als ein Häuflein verärgelter Phrasen. Aus dem Knuddelmuddel entstand die „Freie Arbeiter-Union“ auf syndikalistischer Grundlage. Schlegel und all die neuen Volkstribunen verschwanden von der Weltbühne, während die geblieben und mit allen Mitteln der Demagogie bekämpften Zentralgewerkschaften blühen und gedeihen. Ebenso wie den früheren Volksverführern wird es auch den neuen Männern der „Freien Arbeiter-Union“ gehen.

Ohne Zweifel stand bisher ein Teil der Düsseldorfer Arbeiterschaft den Bestrebungen der Unionisten sympathisch gegenüber, wie überhaupt Düsseldorf immer einen günstigen Boden für derartige Zersplitterungen bietet. Dies ist nicht die Schuld der Gewerkschaften, denn auch sie sind den jeweiligen Machtverhältnissen unterworfen und können nur im Rahmen dieser jeweiligen Machtverhältnisse die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern streben. Vollbestriedigt wird auf Grund dieser Tatsache die Arbeiterschaft nie werden können, denn solange wir noch den kapitalistischen Staat haben, wird es Ausbeuter und Ausgebeutete geben. Die Arbeiterschaft kann also heute, trotz der starken Gewerkschaften, mit ihrem Los nicht zufrieden sein. Infolge kurzer Gewerkschaftszugehörigkeit und ungenügender gewerkschaftlicher Schulung und da die meisten eigentliche Gewerkschaftskämpfe noch

Heilung kam für sie ja nicht in Betracht. Von einer Isolierung aller anstehungsabhängigen Tuberkulösen kann natürlich nicht die Rede sein; dazu ist die Zahl der Kranken viel zu groß. Einmal lassen sich die Leichtkranken (und auch diese sind anjeden und tragen durch ihre Hustentröpfchen und ihren Auswurf zur Verbreitung der Tuberkulose bei) nicht auf lange Zeit in Krankenhäuser einsperren, weil ihr Drang zum Leben und zur Freiheit viel zu groß ist; zweitens besitzt der Staat kaum die Mittel, die nach vielen Hunderttausenden zählenden Kranken so lange in Heilstätten und Heilanstalten aufzunehmen, bis sie sicher nicht mehr ansteckend sind. Sie kehren infolge dessen aus der Heilstätte nach einigen Monaten in ihre Berufe und ihre unzureichenden Luft- und lichtarmen Wohnungen zurück und haben immer wieder die Gelegenheit, sich und andere zu infizieren. Der Kreislauf ist geschlossen. Die guten Resultate, die für einige Monate in den Heilungsanstalten, in den Heilstätten an der See oder im Gebirge erreicht waren, gehen schnell wieder in dem tuberkulösen Meer verloren. Solange wir nicht die häßliche Wohnstätte der großstädtischen Bevölkerung hygienisch einwandfrei gestalten, bekämpfen wir mit den bisherigen Maßnahmen nur die Symptome des Abels, an der Wurzel fassen wir das Grundübel mit Heilstätten und Krankenhausbehandlung nicht. Das hat der enge Zusammenhang zwischen Wohnungswesen und Tuberkulose einwandfrei gelehrt. Darum sagt Kubner mit Recht: „Nicht im sterblichen Krankenhausbau, sondern im Bau von Häusern für Gesunde liegt die Hoffnung der Zukunft.“

Auf alle nur erdenkliche Weise muß zunächst versucht werden, die Wohnungsverhältnisse der Großstadt zu verbessern. Die einen fordern wesen zu befeuchten, die anderen wünschen eine großzügige Bodenreform im Sinne der deutschen Gartenstadtbewegung. Alle Hygieniker, die praktisch helfen wollen und ein Herz für das Wohl und Hebe des Volkes haben, stimmen darin überein, daß die vollkommenen ungenügenden Wohnungsverhältnisse die Hauptschuld tragen an dem schlechten Gesundheitszustand der städtischen Bevölkerung. Solange hier nicht gründlich eingeschritten werden kann, bleiben alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, speziell der Tuberkulose, auf halbem Wege stehen. Es genügt nicht, die einzelnen Symptome der Krankheit zu bekämpfen, es hat nur Sinn, die Krankheit radikal auszurotten durch Maßnahmen, die die allgemeine soziale Lage

nicht selbst mitgemacht haben, erstarkt bei diesen Leuten der Glaube, alles das, was ihnen als Recht und Zweckmäßigkeit vorschwebt, könne und müsse sofort durchgeführt werden. Sie können und wollen es zum Teil auch nicht verstehen, weshalb ihnen die Gewerkschaften die vollständige Befreiung noch nicht gebracht haben. Bei diesen Arbeitern finden die Zersplitterter der Arbeiterschaft guten Boden. Sie versuchen es einmal mit einer anderen Organisation, die ihnen in Nebensachen und Phrasen mehr bietet. Dazu kommen dann noch die niedrigen Beiträge der Unionisten und Syndikalisten.

Wie unheilvoll die Zersplitterung für die gesamte Arbeiterschaft wirkt, dafür lieferte der verflorenen Streik der städtischen Arbeiter der Stadt Düsseldorf ein sprechendes Beispiel. Bei diesem Streik hat der Gefundbeter Schulz und noch einige andere gewissenlose Personen eine unheilvolle Rolle gespielt. Aus Mangel an Raum müßte wir es unterlassen, diesen Demagogen an dieser Stelle auf Grund seiner Vergangenheit zu photographieren, wie es notwendig wäre. Dieser Mann neigt einigen seiner Getreuen war der Leiter der städtischen Arbeiter. Er wählte die Arbeiterschaft durch sein hervorragendes Wesen in den Versammlungen zu fanatisieren. Nur derjenige fand Gnade vor dem „Generalobmann“, der sich zu seiner Meinung bekannte. Gegen Unterabende wurde ein scharfer Terror ausgeübt und so kam es denn auch nach kurzer Zeit dahin, daß die übergroße Mehrheit der städtischen Arbeiter mit Ausnahme der Straßenbahn der Freien Arbeiter-Union angehörte. Von den freien Gewerkschaften angehörenden Betriebsratsmitgliedern sagte Schulz noch, daß sie einen „besseren Geist“ hätten und deshalb als Betriebsratsmitglieder eigentlich nicht in Frage kämen. Der Machtkünkel von Schulz und seinen Kumpanen war im vorigen Jahre schon so hoch gestiegen, daß Schulz es für angebracht hielt, den freien Gewerkschaften folgenden Befehl zu geben: „Am 13. 11. 1919 fand eine Vollziehung der Betriebsausschüsse der kommunalen Werke statt und wurde folgender Antrag eingebracht und angenommen: Die Betriebsausschüsse der kommunalen Werke, welche auf dem Boden des Räteystems stehen, betrachten die Einmischung von Seiten der Gewerkschaften betreffs Abschluß von Tarifverträgen und sonstiger Verhandlungen als überflüssig und erklären, in Zukunft keinerlei Verhandlungen in Gemeinschaft mit diesen Korporationen zu pflegen. Der Generalobmann des Betriebsaus-

Diese Stellungnahme ist der Freien Arbeiter-Union bei dem letzten Streik der städtischen Arbeiter zum Verhängnis geworden. Schulz mit seinem Stabe proklamierte dem Streik der gesamten städtischen Betriebe, ohne sich mit den freien Gewerkschaften vorher und auch während des ganzen Streiks in Verbindung zu setzen. Am 26. Juni fand nach 14 tägiger Dauer dieser so unglückliche Streik, der von vornherein der Todeskeim in sich trug, sein Ende. Es ist zu behaupten, daß dieser von so wenig Einsicht geleitete Streik verlorengangen ist. Trotzdem hat die unglückliche Bewegung eine Mäßigung herbeigeführt. Von der so oft erwähnten Frage der revolutionären Arbeiterschaft in den städtischen Betrieben ist nicht viel übrig geblieben, denn ein großer Teil ist bereits wieder zu den Christen abgewandert. Schulz sagte, wie die Arbeiterschaft beschaffen war, die er hinter sich hatte, indem er sie „einstmal als schwandene Mannesmannrohre bezeichnete, die, wo sie hingestellt oder hingelegt würden, stehen oder liegen blieben.“

Bezeichnend ist es aber, daß sich derartige Leute überhaupt an die Oberfläche wagen dürfen. Wenn man aber einen Teil der Arbeiterschaft von Rheinland und Westfalen aus der Vergangenheit fern, so sind einem solche Vorwahnfälle nicht verwunderlich. Vor und während des Krieges noch die größten Gegner der gewerkschaftlichen Organisation, sind sie heute die größten Geister der Syndikalisten oder Unionisten. Die Organisationspläne hat in Rheinland und Westfalen und speziell in Düsseldorf noch nicht ihr Ende gefunden. Neben der Zentralgewerkschaften vegetieren immer noch folgende Organisationen: Freie Arbeiter-Union, Allgemeiner Arbeiterverband, Allgemeine Arbeiter-Union (sogenannte Betriebsorganisation) und der Verband der Balzwerksarbeiter. Es trifft demnach nicht zu, daß diese Organisationen zu dem Zwecke gegründet sind, um die Arbeiterschaft der Verfassung in den freien Gewerkschaften zu entziehen, denn dazu hätte eine Organisation genügt, nein, sie sind gegründet worden, damit einzelne Personen ihre Sensationslüsternheit befriedigen können und weiter in der Absicht, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu vernichten im Interesse des Kapitals.

## Unternehmerlogik

Die Arbeitgeber-Zeitung weist auf den schwindenden Lohn-unterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern hin. Der ungelernete Arbeiter würde jetzt fast ebensogut bezahlt wie der gelernte. Wird das nicht, so heißt es, der Drang zur Fortbildung, der doch die Grundlage eines wirtschaftlichen Aufschwungs bilden sollte, völlig lahmgelegt? Wie denkt sich das Unternehmertum dem den Ausweg? Soll der Ungelernte etwa weniger verdienen als er heute hat? Das ist doch nicht recht möglich, da dem Arbeiter doch kaum das Existenzminimum gegeben wird. Entweder muß der Unternehmer also dem Gelernten mehr geben oder die kapitalistische Wirtschaft muß ihren eigenen Gewinn einmal bescheiden und an eine wesentliche Verbilligung der Lebenshaltung herangehen. Je billiger das Leben wird, um so mehr treten die Unterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten von selber zurück. Aber solange das nicht der Fall ist, kann jeder ohne Unterschied des Könnens zum allerniedrigsten Existenzminimum verlangen.

menschwürdig gestalten. Zunächst muß dazu, wie Hirsch treffend bemerkt, der Begriff einer menschenwürdigen Wohnung gesetzlich festgelegt und serner durch eine Änderung der Bauordnung der kapitalistischen Bodenpekulation, die aus reinem Wucherfinn zu einer heillosen Werteverwertung der Kleinwohnungen geführt hat, der Boden entzogen werden. Der Berliner Hygieniker Kubner sagt darüber bereits im Jahre 1905 in einer Monographie über die Wohnung und ihre Beziehung zur Tuberkulose: „Das Hauptübel unserer Zeit ist die rücksichtslos geübte Ausbeutung aller Mietbewohner durch die Grundstücks- und Bodenpekulanten. Die Mieter sind durch die willkürliche Preissteigerung der Grundbesitzer zeitweise enorm, auch heute noch im Steigen. Der Minderbemittelte (und dieser reicht auch in Beamtenkreise hinein) kann nur schlechte, ungenügende, oft elende Wohnungen bestreiten. Die schlechte Wohnung wird direkt zur Ursache der großen Sterblichkeit jedweder Altersklasse. Wir bezahlen dem Bodenpekulanten nicht nur mit dem Preis unseres Wohnraumes sein usurpiertes Recht, sondern durch unsere und unserer Familien Krankheit noch eine Erbschaftsteuer, die viel höher ist als die anderen; denn sie fordert von uns nicht nur materiellen Besitz, sondern auch Nummer und Sorge, Schmerz und Leid und schließlich, wie die erschreckende Mortalität lehrt, das Leben. Fürwahr eine Angelegenheit, die eine Kapitalfrage des Staates darstellt. Die Lösung dieser Frage wird glückliche Tage für Millionen bedeuten.“

Diese Worte haben heute nach der rücksichtslos geübten Ausbeutung aller Mietbewohner durch die Grundstücks- und Bodenpekulanten. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist ein Kampf gegen das soziale Elend. Mehr als alle anderen Krankheiten ist die Tuberkulose der Berufslosen der arbeitenden Bevölkerung; darum hat hier in erster Linie der Staat die Pflicht, vorzudringend einzugreifen. Das einzige Kapital des auf die Arbeit, geistige oder körperliche, angewiesenen Menschen ist seine Gesundheit; sie zu nutzen, muß er im Besitz seiner körperlichen Leistungsfähigkeit sein. Die statischen festgelegten Beziehungen zwischen Tuberkuloseverbreitung und Wohnungswesen machen es dringend erforderlich, den ständigen Aufenthaltsraum der Familie, die Wohnung, in gesundheitsförderlicher Hinsicht einwandfrei zu gestalten. Die Waffen der arbeitenden Bevölkerung, deren körperliche Gesundheit die unentbehrliche Grundlage des Staatswohls ist, brauchen menschenwürdige, luftige und gesunde

Demobilisierungskommissare als Arbeitgebervertreter?

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ schrieb Anfangs Juli dieses Jahres:

Handwerk und Gewerbe muß daher, wie dies die Industrie bereits getan hat, den fortwährenden Forderungen der Gehilfen auf Lohnhöhe schon von vornherein mit allem Nachdruck entgegenarbeiten, weil die Arbeiter ihren unter dem Druck der Not erzwungenen Lohn selbst bei Senkung der Lebensmittelpreise nicht aufgeben werden. Arbeitgeber wie Regierung müssen den Satz beachten: sunt denique certi fines (es muß einmal ein Ende haben).

Diese Sätze sind Richtlinien geworden für das Unternehmertum der Groß- und Kleinbetriebe bei Lohn- und Tarifverhandlungen. Es scheint jedoch, als ob auch die Stellen, die unparteiisch und objektiv in wirtschaftlichen Streitfragen zwischen Arbeiter und Unternehmer entscheiden sollen, sich diesem Arbeitgeberstandpunkt einseitig anpassen und dementsprechend - rechtfertigen. So hat, wie die „Leipziger Volks-Zeitung“ zu berichten in der Lage ist, der hiesige Demobilisierungskommissar Ende Juli dieses Jahres die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches abgelehnt, weil nicht einzusehen sei, warum die Gehilfen der Gewerbetreibenden einen gemeinsamen Tarif mit den Dresdner, Chemnitzer und Plauener Gewerbetreibenden haben, bei der gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen nummehr anders bewertet werden sollen. Infolgedessen liegt auch kein öffentliches Interesse dafür vor, gegenüber dem Widerspruch ihrer Arbeitgeber ihrem Verlangen auf Welterstellung mit staatlichen Zwangsmitteln Nachdruck zu verleihen.

Wie Leipzig, so Zwickau. Der Demobilisierungskommissar in Zwickau hat in letzter Zeit Entscheidungen getroffen, die sich inhaltlich dem anpassen, was sein Leipziger Kollege entschieden hat. Der Zwickauer Herr trägt Bedenken, Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses deswegen für verbindlich zu erklären, weil der Unterschied zwischen den von den Unternehmern gebotenen und den von den Gehilfen geforderten Löhnen derartig gering sei, daß deshalb keinerlei Veranlassung zu einer zwangsweisen Regelung der Löhne vorliegt. Eine besondere Würze erhalten die Entscheidungen des Zwickauer Demobilisierungskommissars noch deshalb, weil er ein Bedürfnis für die allgemeine Festsetzung der Löhne für die im ersten Gehilfenjahr Stehenden nicht anerkennen kann. Dem Herrn Demobilisierungskommissar erscheint es unbedenklich, diese der freien Vereinbarung unter den Beteiligten zu überlassen. Eine positive Tarifregelung der Mindestlöhne lehnt damit der Demobilisierungskommissar ab. Indem sich der Demobilisierungskommissar derartig festlegt, beweist er damit, daß er sich auf den rechten Unternehmerstandpunkt stellt. Der Demobilisierungskommissar lehnt nicht nur eine positive zahlenmäßige Lohnfestsetzung für die nach dreijähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahr Stehenden ab, sondern auch für die im ersten Gehilfenjahr nach vierjähriger Lehrzeit Stehenden, also der jungen Leute im 18. und 19. Lebensjahr. Die Lehrlingshaltenden Kleinmeister behaupteten bei dem hier in Betracht kommenden Verhandlungen, daß die im ersten Gehilfenjahr Stehenden ihrem Alter entsprechend noch nicht leistungsfähig genug sind. Daß sich damit die Lehrlingshalter selbst der Leistungsunfähigkeit begähigen und ihrer Lehrmethode das allergünstigste Zeugnis ausstellen, scheinen sie nicht zu bedenken. Es wird hiermit weiter dokumentiert, daß die Lehrlings haltenden Kleinmeister die Lehrlinge nicht um deren selbst willen und im Interesse der Entwicklung ihres Gewerbetreibenden, sondern um sich durch die Einstellung jugendlicher Arbeiter als Lehrlinge billige Arbeitskräfte zu sichern, deren Ausbildung sie zu zurückhalten, daß sie selbst verdienen müssen, einen angemessenen festgelegten Tariflohn nicht zahlen zu können. Dieses Verhältnis wird durch die Stellungnahme des Demobilisierungskommissars noch weiter vertieft. Dürft wird in diesem Falle die Auffassung des Demobilisierungskommissars oder dessen Stellvertreter durch besten persönlichen Befinden, weil er als Referendar vor zehn oder noch mehr Jahren einer Monatsgehalt von 100 M bezogen habe, und daß die in der freizugewinnungsfähigen Betriebsbeschäftigten gleichartigen Schreibkräfte noch keine 3 M Stundenlohn erreichen. Zur besseren Kennzeichnung der Spruchpraxis lassen wir den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses und die Stellungnahme des Demobilisierungskommissars mit erläuternden Bemerkungen folgen.

Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Zwickau vom 17. Juni 1920 in der Beschwerdefache des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Zwickau, gegen die Klemmer-Zwangs-Jungung zu Zwickau wegen Lohnregelung: Es erscheint angemessen, daß der § 5 des zu den Akten eingereichten Lohn-Tarifvertrages folgende Fassung erhält: Die Lohnzahlung erstreckt sich auf wöchentlich geleistete Arbeitsstunden und beträgt mindestens pro Stunde für einen Gehehilfen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit, wenn er in der Werkstätte bleibt 2,50 M; vom 18. bis 19. Lebensjahre 3,10 M; vom 19. bis 21. Lebensjahre 3,75 M; vom 21. bis 25. Lebensjahre 4,50 M; über 25 Jahre 5,25 M; für selbständige Arbeiter 5,50 M; Gehehilfen: vom 17. bis zum 18. Lebensjahre 2,25 M; vom

18. bis 19. Lebensjahre 2,80 M; vom 19. bis 21. Lebensjahre 3,40 M; vom 21. bis 25. Lebensjahre 4,10 M; über 25 Jahre 4,75 M. Die Frage, wer als selbständiger Arbeiter anzusehen ist, entscheidet, wenn darüber Zweifel bestehen, die in § 10 des Lohn-Tarifvertrages vorgesehene Stelle. Die vorstehende Lohnregelung hat am 1. Mai 1920 in Kraft zu treten.

An den Schlichtungsausschuss Zwickau zurück. Der Unterzeichnete muß Bedenken tragen, den Schiedsspruch vom 17. Juni 1920 für verbindlich zu erklären. Der Unterschied zwischen den von den Unternehmern gebotenen und den von den Gehilfen geforderten Löhnen ist derartig gering, daß keinerlei Veranlassung zu einer zwangsweisen Regelung der Löhne vorliegt. Ebenfalls wenig kann ein Bedürfnis für die allgemeine Festsetzung der Löhne für die nach nicht 18-jährigen Gehilfen anerkannt werden, es erscheint vielmehr durchaus unbedenklich, dies der freien Vereinbarung unter den Beteiligten zu überlassen. Die Parteien sind entsprechend zu beschließen.

Der Demobilisierungskommissar. Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Zwickau vom 24. Juni 1920 in der Beschwerdefache des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Zwickau, gegen die Schlofferjungung in Zwickau:

Es erscheint angemessen, daß der zwischen der Schloffer-Zwangs-Jungung zu Zwickau und den bei ihr beschäftigten Gehilfen, vertreten durch die beiderseitigen Organisationen, vom 21. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag in nachfolgender Weise abgeändert wird: Die Lohnsätze des § 5 werden wie folgt abgeändert: im 1. Jahre nach beendeter 3-jähriger Lehrzeit erfolgt die Entlohnung nach freier Vereinbarung, für Gehilfen von 18 bis 19 Jahren 3 M, von 19 bis

Verbandskollege! 24 Pfennig kostet diese Nummer der Metallarbeiter-Zeitung, die Du in der Hand hast. Im Jahre 1920 wird die Metallarbeiter-Zeitung voraussichtlich 13 Millionen Mk. dem Verbandskosten. Wirf deshalb Deine Verbandszeitung nicht achtlos beiseite. Lies jede Nummer und verwende dieselbe zur Agitation!

21 Jahren 3,75 M, von 21 bis 25 Jahren 4,50 M, über 25 Jahre 5,25 M. Hilfsarbeiter erhalten die vorstehenden Lohnsätze zuzüglich 10 v. H. Die Auslöschungssätze des § 7 werden von 9 auf 12 M und von 10 auf 15 M erhöht.

Der Unterzeichnete muß Bedenken tragen, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Zwickau vom 24. Juni 1920 in der Beschwerdefache des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Schlofferjungung Zwickau für verbindlich zu erklären. Die Arbeitgeber haben sich in der Verhandlung vor dem Ausschuss bereit erklärt, mit einer einzigen Ausnahme, die nachher im Schiedsspruch festgesetzten Löhne zahlen zu wollen. Die Ausnahme betrifft die 18- bis 19-jährigen Arbeiter und auch hier beträgt die Differenz nur 25 Pf für die Stunde. Weiter haben die Unternehmer dem Unterzeichneten gegenüber erklärt, daß sie auch die im dritten Absatz des Schiedsspruches vorgesehene Auslöschungssätze in dieser Höhe bewilligen würden. Nach alledem liegt ein ausreichender Anlaß zu zwangsweisem Eingreifen in die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Zwickauer Schloffergehilfen nicht vor.

Zu der Entscheidung des Demobilisierungskommissars in Sachen des Klemmer-Tariffs sei bemerkt, daß die Gehilfen im 1. Gehilfenjahr nach dem alten Tarif 2,10 M Stundenlohn erhalten. Bei den neuen Tarifverhandlungen lauteten die Forderungen auf 2,75 M. In dem bisher geltenden Tarif bestand ein Stundenlohn von 2,25 M für Gehilfen im 1. Gehilfenjahr nach 3-jähriger Lehrzeit und 2,75 M für Gehilfen im 1. Gehilfenjahr nach 4-jähriger Lehrzeit. Die Forderungen lauteten auf 2,75 und 3 M. Nun vergleiche man hierzu den Spruch des Schlichtungsausschusses in beiden Sachen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses wurde sowohl von der Klemmer- als auch von der Schloffer-Jungung abgelehnt. 3 M Stundenlohn für einen Gehilfen im 1. Gehilfenjahr nach beendeter 4-jähriger Lehrzeit, weil die Meister glauben, daß bei der jetzigen Konjunktur die Gehilfen nicht davon leben, wenn der frei vereinbarte Lohn 3 M nicht erreicht wird. Nun vergleiche hierzu den Spruch des Demobilisierungskommissars. Da geht zunächst hervor, daß zwischen diesem und den beteiligten Arbeitgebern Rücksprache stattgefunden hat, bevor der erstere seinen Spruch gefällt hat. Im übrigen beweist diese Spruchpraxis in ihrem Inhalt eine Anpassung an die gegenwärtige politische Situation; ein Anpassen an die wirtschaftliche Lagestellung auch des Kleinmeisters als kapitalistischer produzierender Erzeuger, wobei man sich der staatlichen Schlichtungseinrichtungen.

Krise, Betriebsrätegesetz, Schlichtungsausschuss und Demobilisierungskommissar

Jeder, der nur etwas mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Volkswirtschaft vertraut ist, wird sich darüber klar sein, daß die gegenwärtige Krise mit keinem ihrer Vorgänger identisch ist. Von Gegenstand zu früheren Krisen ist zu verzeichnen, daß nicht etwa Mangel an Beschäftigung oder Überfülle von Arbeitskräften die Krise erzeugt hat, sondern Kriegsgewinnler, Spekulant und wie die Abnehmer des Weltkrieges alle heizen, dem einfachen Geschichtsmann, soweit es der Begriff in der kapitalistischen Wirtschaftszusammenfassung zuläßt, jede individualistische Wirtschaftsweise unzulässig machen.

Wegen Lament noch Kartellierung und Verarmung des Finanzkapitals und der Banken. Durch einen oder zwei, durch ein Gesetz und Verordnungen, Errichtung von Arbeitslosenkommissionen, partiell durch parlamentarische Kommissionen usw. versucht man, dem verhassten Kaiser neues Blut zuzuführen, um ihn vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das aber derartige Maßnahmen von den Parlamenten mit beiden Händen zurückgewiesen werden, weil sie bitter sind, ist ganz natürlich. Kaufen man nun dazu überlegen, durch Schlichtungsausschüsse, Gerichte usw. dazu beitragen, dem Kaiser die Forderung nachzugeben zu tragen und das Unternehmertum zu zwingen, gefällige Schiedssprüche anzuerkennen, macht man das Gegenteil. Herr Pastheim, Vorsitzender des staatlichen Schlichtungsausschusses

Eberfeld, schreibt einer Firma auf Anfrage wörtlich: „Bevor die Verordnung vom 12. Februar 1920 nach dem Betriebsrätegesetz enthält eine zwingende Vorschrift, die den Arbeitgeber verpflichtet, zur Vornahme einer Arbeitsregelung bezw. Verkürzung der Arbeitszeit die Zustimmung der Betriebsvertretung einzuholen.“ Ferner bezeichnet er das „in a Benachmen sehen“ nach § 74 des B.R.G. als eine Ordnungsmaßnahme. Also ganz nach Dr. Klentz, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eberfeld. Dem seien wir entgegen, nur auf dem Willen des Gesetzgebers im Betriebsrätegesetz und der Auslegung desselben begünstigend, daß zu allen Maßnahmen der Betriebsleitung, die die gesamte Belegschaft oder einzelne Gruppen derselben betreffen, unbedingt eine Verständigung mit dem Betriebsrat erzielt werden muß. Ausdrücklich wird gesagt im Kommentar, daß, wenn keine Verständigung erzielt wird, ein Streitfall entstehen kann nach § 66, 3. Zum § 12 der Verordnung vom 5. Februar heißt es im Kommentar, daß wenn keine Verständigung über die Streckung der Arbeit erreicht wird, der Schlichtungsausschuss entscheiden kann. Aber ganz allgemein sagt der § 68 des B.R.G.: „Bei Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat dahin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen. Ist nun das Gemeininteresse schwerer zu schädigen, als wenn die Unternehmer willkürlich dazu übergehen, programmatisch die Arbeitszeit zu kürzen, ja sogar die Betriebe stilllegen?“

Der Schlichtungsausschuss Eberfeld winkt ab, wenn Streitigkeiten über Arbeitszeitverkürzung entstehen. Es hat auch keinen Zweck, derselben anzugreifen, nachdem die Arbeitgeber mit beratigen Schriftstücken, wie das des Herrn Pastheim, dem Betriebsrat um die Ohren schlagen können. Da Herr Dr. Klentz, Eberfeld, durch Mundschreiben an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes das Betriebsrätegesetz zu sabotieren versuchte, wurde eine Abschrift dieses Mundschreibens dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnis unterbreitet. Dieser antwortete unter anderem, daß es zwar dem Arbeitgeberverband wie der Arbeitnehmervertretung unbenommen ist, Gesetze und Verordnungen von ihrem Standpunkt aus auszulegen, daß es aber den berufenen Stellen, Schlichtungsausschuss und Gericht, vorbehalten sei, über diese Parteiauslegung zu entscheiden. In Bezug auf unsere Eingabe zur Verkürzung der Arbeitszeit führt der Arbeitsminister aus, daß dem Arbeiterrat die Aufgabe zufällt, nach § 78 Nr. 2 des B.R.G. mitzuwirken. Die Folge dieses Mitwirkungsrechtes ist natürlich, daß bei Übergehung des Arbeiterrates, als auch im Falle der Nichterfüllung der Schlichtungsausschuss zur Vermittlung angerufen werden kann.

Es ist nicht das erstemal, daß Herr Pastheim eines Besseren belehrt werden mußte und hoffen wir, daß er in Zukunft nicht so oft gezwungen wird, seinen Standpunkt zu revidieren. Den Gipfel der Inflationenpolitik hat der Demobilisierungskommissar in Düsseldorf erklommen. Es würde zu weit führen, auf all das einzugehen, was der Mann schon alles geleistet hat. Nur einiges verdient, festgehalten zu werden. Der Schlichtungsausschuss Eberfeld hatte zweimal durch Schiedsspruch unter anderem entschieden, daß die in die Arbeitszeit fallenden Fortbildungsaufwendungen als Arbeitszeit gelten und vom Arbeitgeber zu zahlen sind. Ferner, daß die Bezüge mit vierjähriger Lehrzeit, wie Stempelmacher, Eisenbrecher, Maschinenschloffer, Modellmacher und Modellzeichner nach den Sätzen der Modellmacher entlohnt werden sollten. Die Verbindlichkeitsklärung dieser Schiedssprüche hat der Demobilisierungskommissar glatt abgelehnt, und zwar mit einer Begründung, wie sie wohl infolgendermaßen nicht gegeben werden kann. Er schreibt wörtlich: „Die Länge der Lehrzeit gibt noch keine Gewähr für die Leistung, es liegt deshalb auch keine Berechtigung vor, für die Facharbeiter mit vierjähriger Lehrzeit denselben Lohn wie für die ganz hochwertigen Arbeiter zu fordern.“

Selbst die Arbeitgeber werden sagen müssen, daß das, was Herr Pastheim hier schreibt, nicht richtig ist. Denn auf Verlangen derselben ist bei den Tarifverhandlungen unterseits die vierjährige Lehrzeit für diese Berufe aufgestellt worden, mithin selbst von den Arbeitgebern als hochwertige Berufe anerkannt und auf Grund dessen derselben doch auch ganz naturgemäß der Lohn zusteht. Wo Herr Pastheim seine logische Schlussfolgerung hergeholt hat, ist uns ein Rätsel.

In der Kalksteinindustrie wurde den Arbeitern durch Schiedsspruch 10 Prozent Lohnhöhung zuerkannt. Die Verbindlichkeitsklärung lehnte er ab, weil einigen Arbeitern etwas Gartenland zur Verfügung gestellt wird und sie dadurch besser gestellt sind als die Arbeiter anderer Industrien. Kommentar überflüssig. Der Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 32, Theorie und Praxis, beweist, daß nicht nur Verschleppungspolitik, sondern Verhöhung der Arbeiterkraft Lakt der Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissare ist. Deshalb fort mit dem Inflationenkauf im Schlichtungswesen und das Gewerbegericht ausgebaut, damit auch dem Urteil Rechtskraft und Vollstreckbarkeit verliehen werden kann. S. J., Belwert.

Streikbewegung in Dortmund

Eine Köpenickade größeren Stiles hat sich am 18. August in dem früher so ruhigen, gemüthlichen Dortmund abgespielt. Die Gelder waren Syndikalist. Seit mehreren Monaten versuchten sie mit allen möglichen Mitteln, eine direkte Aktion in Gang zu bringen. Um Gründe waren sie nicht verlegen. Einmal war es der Schulstreik, dann die grüne Polizei, späterhin die hohen Ob-Preise, bis zuletzt der Steuerabzug als gesundes Fressen kam. Da auch die Kapitalisten den Steuerabzug hassen wie die Pest, wurde ihnen von dieser Seite willig vorgearbeitet, indem bei der Lohnung außer dem Steuerabzug sämtliche Schulden für Kartoffeln, Lebensmittel, rückständige Steuern usw. gleich mit abgezogen wurden. Auf dem Werke Hoesch gelang die direkte Aktion nicht ganz, es fanden sich ungefähr 300 Syndikalisten von 800 Mann Belegschaft, die sich erlaubten, für das Best der Streik zu proklamieren, woran sich unsere Kollegen selbstverständlich gar nicht störten. Die 300 schickten eine Anordnung nach dem Betriebsrat der Union, wo etwa 13000 Arbeiter beschäftigt sind, mit der Werbung, daß bei Hoesch gestreift werde, was in keiner Weise zutrifft. Die Syndikalisten sind auf der Union ziemlich stark vertreten, wenn sie auch nicht die Mehrheit haben. Sie griffen die Werbung sofort auf und veranstalteten eine große Belegschaftsversammlung, in der gegen eine harte Minderheit der Sympathieheit für Hoesch erklärt wurde. Da die Syndikalisten die Hauptabteilungen besetzt haben, gelang es ihnen, das Werk stillzulegen. Das Ergebnis der Felder ist nun, daß im Thomaswerk ein Mischel voll Eisen steht, während im Martinwerk mehrere Öfen zu Bruch gingen, wodurch die Serie von Arbeitskollegen wahrhaftig monatlang arbeitslos werden. Nun kriegen die Herrschaften es mit der Angst zu tun. Der Führer der Kommission, Wienecke, der fälschlicherweise berichtet hatte, daß bei Hoesch gestreift wird, erklärt jetzt, daß er die Werbung wider besseres Wissen getan hat und das in Zukunft nie wieder tun würde. Der Hauptführer der Syndikalisten von Hoesch, Sigler, will sich nie mehr an die Spitze einer solchen Streikbewegung stellen. Das Mitglied der syndikalistischen Streikleitung von Hoesch, Seifert, hat auf Rücksicht gearbeitet und sich am Tage das zweifelhafte Vermögen gemacht, zum Streik zu gehen. Der Syndikalistenführer Richalski der Union war so vorsichtig, die Verantwortung für den Streik der Belegschaftsversammlung zuzuschreiben. Was echte syndikalistische Geldgestalten! Die tragikomischen Vorfälle und Vorgehensweisen der Syndikalisten alle anzuführen, würde den Raum der Zeitung überschreiten. Die direkte Aktion ist nun verpufft und die große Masse der Arbeiter hat den Schaden davon. Es kann deshalb, wie auch dieses Beispiel zeigt, unseren Kollegen gar nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, Bewegungen solcher Art mit allen Mitteln zu bekämpfen. Denn irgend einen greifbaren Nutzen bringen derartige Bewegungen nie, namentlich wenn, wie in diesem Falle, gewerkschaftliche Sauglinge die Sache in die Hand nehmen.

In letzter Zeit zweifeln sich Schlichtungsausschüsse, Demobilisierungskommissare usw. immer mehr als ein Schlichtmittel der Unternehmern. Eine Umwertung von Zuständen laufe bei uns ein, die das beweisen. Namentlich haben die Betriebsräte einen heißen Kampf gegen diese Zustände auszufohren. Bei unseren inappen Rahmenverhältnissen ist es unmöglich, alle Zustände abzudrücken. Wir empfehlen aber, die diesbezüglichen Artikel genau durchzulesen und einen energischen Kampf gegen diese Schlichtungswesen aufzunehmen, wenn sie sich als Unternehmerrückwärtsbewegungen erweisen sollten. Die Schriftleitung.

Gerade die Tuberkulosebekämpfung der letzten 25 Jahre vor dem Kriege gibt uns ein Beispiel dafür, daß es möglich ist, durch rein soziale Maßnahmen die Ausbreitung der Krankheit hintanzujagen, besser als durch alle medizinischen Beeinflussungen; diese haben sämtlich versagt. Alle die zahlreichen mit mehr oder weniger Gehalt und Restloze angeordneten Heilversuchen der Tuberkulose haben bisher wenig erreicht. Erfolg hatten bisher nur die Sanjerges und Heilpflanzbehandlungen, die der Kranke aus seinem tuberkulösen Milieu herausnehmen (sei es nur für einige Monate), um für diese Zeit ausreichend verpflegt und in gesunde Luft und Wohnverhältnisse zu bringen. In dieser Weise konnte fast immer ein positiver Erfolg erzielt werden, der aber ebenso schnell wieder verloren ging, wenn die alten Schädlichkeiten, tuberkulöse Milieus, Nahrungsangel und Wohnungsbedarf, wieder einsetzten.

Der Weg, den demnach die Hygiene der Zukunft zu gehen hat, ist vorgezeichnet. Die Schwerekranken müssen in Krankenheusern untergebracht und isoliert werden, damit sie das passive Krankheitsgift, die Tuberkulose, nicht immer auf neue Kranke ihrer Umgebung übertragen können. Die anderen Krankheitskranke, die in isolierten Heilpflanzanlagen untergebracht sind, geniesse auch das soziale Milieu. Milieu durch umfangreiche sozialhygienische Maßnahmen aus unserem Gesundheitszustand entfernt werden. Nur so können wir es erreichen, daß die Tuberkulose, die Hauptgefahr unserer Kultur, ihrer Schwere beraubt wird. Nachdem die Unternehmenseigenen während der letzten Kriegsjahre die allgemeine Widerstandskraft untergraben und damit zu einem ungeheuren Ausmaß der Tuberkuloseerkranktheit geführt hat, wird zunächst für eine ausreichende Ernährung und Lebenshaltung (und diese Forderung ist schwerer zu erfüllen, aber mindestens ebenso wichtig) für eine gründliche Wohnungsreform der erkrankten Bevölkerung zu sorgen sein. In welcher Weise die Befreiung des großstädtischen Wohnungsbedarfs zu gestalten ist, ob allein durch Anlage großer, sozialhygienischer Wohnanlagen, die der geschädigten Bevölkerung eine neuartigen Wohnweise zu ermöglichen haben, oder durch weitgehende Förderung der Gartenstadtbewegung und Dezentralisierung der großstädtischen Bevölkerung, muß Aufgabe der zukünftigen Hygiene und Tuberkulosebekämpfung sein. Dann werden wir mit sozialhygienischen Maßnahmen die prophylaktische Bekämpfung der Tuberkulose erreichen.

### Reichskonferenz der Heizungsmonteur- und Rohrleger

Die Konferenz tagte am 1. und 2. August im Leipziger Volkshaus. Anwesend waren: ein Vertreter des Vorstandes, drei Bezirksleiter und 31 Delegierte. Auf Verlangen der Kollegen aus allen Teilen des Reiches hatte sich der Vorstand entschlossen, der Konferenz den Entwurf eines Reichsmanteltarifs zu unterbreiten. Nach einem Referat des Kollegen Ziefe (Berlin), in dem die Notwendigkeit eines Manteltarifs betont und die einzelnen Paragraphen erläutert wurden, beschloß die Konferenz gegen 4 Stimmen, den Unternehmern den Entwurf eines Reichsmanteltarifs zu unterbreiten. In der darauf folgenden Beratung des Entwurfs wurde derselbe mit einigen Änderungen angenommen. Auf Antrag der Berliner Delegierten wurde noch folgender Anhang zum Reichsmanteltarif angenommen: „Auf Grund dringlicher Verordnungen können die am Orte beschäftigten Gas- und Wasserrohrleger, Installateure, Flächner und Spengler in den Reichstarif mit einbezogen werden.“

Hierauf erfolgte die Wahl der Verhandlungskommission. Es wurden gewählt: Ziefe (Berlin), Löwi (Stuttgart), Müller (Hamburg), Agethen (Köln), Lant (Leipzig), Siefert (Hannover), Walz (Saarbrücken). Lant (Vorstand) macht geltend, daß sich der Vorstand die Bestätigung vorbehalten muß.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, „Verufszentrale“, referiert Kollege Lant vom Vorstand: Vorstand und Beirat haben sich mit der Frage der Verufszentrale beschäftigt. Beide Körperschaften sind zu der Auffassung gekommen, daß der bisherige Zustand geändert werden müsse. Wenn auch nicht jede einzelne Branche im D. M. W. ihren Verufszentralen betrautet, so müssen die Untergruppen in der Metallindustrie jedoch von der Zentrale bearbeitet werden. Für die im Baugewerbe beschäftigten Gruppen der Metallarbeiter müsse eine Zentrale beim Vorstand geschaffen werden. Diese Form der Zentralbearbeitung entspreche auch dem Auf- und Ausbau unserer Organisation zur Industrieorganisation. Wegen der mangelnden Räumlichkeiten innerhalb unseres Zentralbüros könne ein Verufszentralen nicht sofort angelegt werden, doch werde sich ausgangs dieses Jahres die Möglichkeit dazu bieten. Bis zur Anstellung eines Verufszentralen für die im Baugewerbe beschäftigten Metallarbeiter würde er (Lant) die Zentralbearbeitung der Branche übernehmen.

Die von der Reichskonferenz aus den einzelnen Landesstellen gewählte Kommission hat die Aufgabe, in ständiger Verbindung mit dem Vorstand zu arbeiten. Durch schriftlichen Verkehr müssen diese Kollegen sich untereinander verständigen. Die im Veruf auftretenden Entscheidungen, wie das Vorgehen der Unternehmer in den einzelnen Landesstellen, Lohn- und Arbeitsbedingungen, müssen der Zentrale sofort mitgeteilt werden, damit diese das Material im Interesse der Heizungsmonteur- und Rohrleger verarbeiten kann. Zwischen Vorstand und Kommission müsse ein ständiger Gedankenaustausch über alle Fragen, die den Veruf interessieren, vor sich gehen. Dann werden die im Interesse des Verufes notwendigen Anregungen von der Zentrale gegeben werden können. Die Erziehung der Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftern ist nicht nur Aufgabe des Vorstandes, sondern müsse von nun an auch eine Hauptaufgabe der in die Kommission gewählten Kollegen sein.

Ziefe (Berlin) unterbreitete namens der Berliner Kollegen folgende zwei Anträge:

1. Die Verufszentrale hat ihren Sitz am Orte des Verbandsvorstandes. Die Verufszentrale wird gebildet aus 7 Mitgliedern der Verhandlungskommission zum Abschluß des Reichstarifs und dem Verufszentralen. Die Verufszentrale hat die Aufgabe, alles auf den Veruf bezügliche Material zu sammeln, zu bearbeiten, und den örtlichen Branchenkommissionen zuzustellen. Statistische Erhebungen sind vorzunehmen. In allen Orten, in denen Verufskollegen von unserer Organisation noch nicht erfasst sind, ist die notwendige Agitation zu entfalten und zu fördern. 2. Die Reichskonferenz beschließt, bei dem Verbandsvorstand zu beantragen, einen zentralen Verufszentralen anzustellen und die Stelle auszuschreiben. Die eingehenden Bewerbungen sollen den gewählten Mitgliedern der Verufszentrale zur Prüfung und zur Auswahl geeigneter Vorschläge unterbreitet werden. Die Anstellung soll auf Grund der von der Verufszentrale gemachten Vorschläge durch den Verbandsvorstand erfolgen.

Redner begründet diese Anträge und wendet sich gegen die Ausführungen Lants, da ein Sekretär für das gesamte Baugewerbe unmöglich die Arbeit bewältigen könne. Er ersuchte um Annahme der beiden Berliner Anträge.

Lant betont in seinem Schlusswort, daß ein Sekretär an der Zentrale sehr wohl in der Lage wäre, alle im Baufach beschäftigten Gruppen der Metallarbeiter bearbeiten zu können. Hervorzuheben sei, daß, wenn der Verufszentralen die im Baufach beschäftigten Gruppen der Metallarbeiter zusammen bearbeitet, dieser derselben Anregungen gemeinsamer Natur geben kann, welche bei diesen Gruppen zweifellos in Frage kommen. Die letzte Entscheidung über die Anstellung muß sich der Vorstand vorbehalten. Die Anträge der Berliner Kollegen werden angenommen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, „Sozialisierung und Industrieorganisation“, referiert Lant: Die sozialistische Produktion ist der kapitalistischen überlegen, erstens durch planmäßige Organisation der Wirtschaft, zweitens infolge ihrer technisch wissenschaftlichen Durchorganisation, drittens durch die Erhöhung der Produktion, die nicht zuletzt durch die Arbeitsfreudigkeit der an der Sozialisierung interessierten Arbeiter herbeigeführt wird. Weder die Verzerrung der Wirtschaft, noch die Härte der Friedensbedingungen sind Grund, die Sozialisierung abzulehnen. Im Gegenteil, gerade diese Umstände machen die Verwirklichung notwendig. Die jetzige schwierige Lage, in der wir uns befinden, gestattet nicht den Luxus, einen Teil des Produktionsergebnisses den Unternehmern als Profit zu opfern. Das Gesamtergebnis der Produktion müsse der Gesellschaft gehören. In der Übergangszeit läßt sich die Sozialisierung nicht überall sofort durchführen, da Deutschland auf den Export angewiesen ist. Zunächst muß die gesamte Rohstoff- und Kraftgewinnung sozialisiert werden. Dadurch wird die Macht der Großbanken getroffen, die auf diesen Industriezweigen ruht. Die Banken müssen kontrolliert und zusammengefaßt werden zu einem einzigen Institut, das schließlich von der Gesellschaft übernommen wird. Die stärksten ökonomischen Positionen des Kapitals müssen zuerst in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden. Vor allem kommen in Betracht die Industrie der Rohstoffe und Kraftgewinnung, Kohlen-, Eisen- und Kalibergbau, Großchemie- und Elektroindustrie. Weitergehend können die mit diesen Industrien in Verbindung stehenden Industriezweige sozialisiert werden, z. B. Lokomotiv- und Waggonfabriken, deren Absatz ist gegeben, daß sich die Eisenbahn in der Hand der Allgemeinheit befindet.

Die Heizungsinindustrie ist eine derjenigen Industrien, welche erst in der Folge, nachdem die stärksten wirtschaftlichen Positionen des Kapitals sozialisiert sind, sozialisiert werden kann. Erwägenswert wäre für die Heizungsinindustrie die Frage der Kommunalisierung, da die Gemeinden bei der herrschenden Rohstoffknappheit von sich aus ein Interesse daran haben müßten. Redner behandelt eingehend die Ziele der Gesellschaft zur Förderung der Sozialisierung der heizungsinindustriellen Hamburgs.

Ist nun die heutige Konstellation der Gewerkschaften die richtige, um die Sozialisierung vorwärts zu treiben? Damit kommt Redner zur Frage der Industrieorganisation. Die Vorbedingung, um eine Industrie den Interessen aller darin Beschäftigten entsprechend bearbeiten zu können, ist die einheitliche Industrieorganisation. Die Sozialisierung (Zusammenfassung) der Unternehmer bedingt dies. Die Zusammenfassung sowie die einheitliche Bearbeitung der Räte innerhalb einer Industrie spreche ebenfalls für die Industrieorganisation. Wenn wir alle diese Fragen im Interesse der Sozialisierung sowie im Interesse der in einer Industrie beschäftigten Kopf- und Handarbeiter lösen wollen, so müssen unsere Kollegen die Ziele unserer Organisation in die Kreise der anderen Gewerkschaften hineintragen, damit auch in anderen Organisationen die Führer vorwärts getrieben werden. Ein Teil der Verbände tritt dem Gedanken der Industrieorganisation im D. M. W. auch schon näher. Dies beweist die Vorlage des Deutschen Bauarbeiterverbandes, welcher die Einheits-

organisation im Bauarbeitergewerbe anstrebt. In dieser Vorlage wird verlangt, daß das Heizungsgewerbe dem Deutschen Bauarbeiterverband angegliedert werde. Wir müssen diese Frage als eine offene behandeln, da, wenn der Bauarbeiterverband die Industrieorganisation anstrebt, er gleich sich im D. M. W. dafür einsetzen muß. Die Frage, ob bei der Anerkennung der Industrieorganisation durch die deutschen Gewerkschaften die Heizungsmonteur- und Rohrleger zur gemeinsamen Organisation des Baugewerbes oder zur Metallindustrie gehören, wird dann auch gelöst werden.

In der Diskussion wurde auf das Vorgehen der Sowjetregierung in Rußland bei der Sozialisierung verwiesen. Das Bau- und damit auch das Heizungsgewerbe müsse kommunalisiert werden, damit der Anfang zur Sozialisierung gemacht werden könne. Betont wurde, daß wir unter dem kapitalistischen System unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wirtschaft Deutschlands nicht aufbauen können. Zur Frage der Industrieorganisation wurde von allen Rednern gefordert, daß im Sinne des Referats von den Kollegen gearbeitet werden müsse.

Niederländer (Berlin) stellt folgenden Antrag: Die im Baugewerbe tätigen Untergruppen (Eisenkonstruktionen, Bauwerkstätten, Aufzugsbau, Baufemperieren, Rohrlegereien und Betriebe zur Ausführung sanitärer Anlagen) werden in eine Gruppe zusammengefaßt. Die Kollegen aller Orte werden verpflichtet, bei der Umstellung der Organisation zur Industrieorganisation in diesem Sinne zu wirken. Dieser Antrag und die folgenden werden angenommen. Müller (Hamburg): „Sämtliche Kollegen, die länger als vier Wochen im Heizungsfach beschäftigt sind, müssen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglied angehören.“ Antrag Franz Giller (Berlin): „Die Reichskonferenz der Heizungsmonteur-, Helfer- und Rohrleger beschließt: Alle Verufszentralen sind verpflichtet, in Gemeinschaft mit den in Frage kommenden Gewerkschaften und sozialistischen Parteien in allen Orten Deutschlands sich für die Kommunalisierung des Baugewerbes mit aller Energie einzusetzen.“

Kollegen des Heizung- und Rohrlegerberufes Die Konferenz hat die Grundlage geschaffen, auf der gearbeitet und weiter ausgebaut werden soll. Neben dem Entwurf des Reichsmanteltarifs, über den am 2. September dieses Jahres mit den Arbeitgebern verhandelt wird, wird die Verufszentrale besonders das Interesse der Kollegen hervorheben. Dieses soll durch Anregungen belebt werden. Dazu ist jedoch notwendig, daß jeder Kollege seine Pflicht innerhalb der Branche und der Organisation erfüllt. Dies wird die beste Unterstützung der Verufszentrale sein, damit sie im Interesse der Kollegen die von der Reichskonferenz gestellten Aufgaben lösen kann.

### Reichskonferenz der Gold- und Silberarbeiter

Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Gold- und Silberarbeiter kamen zur Regelung ihrer Verufszentrale am 11. und 12. Juli zu einer Reichskonferenz in Frankfurt a. M. zusammen. Vertreten waren die Gold- und Silberarbeiter durch 28 Delegierte aus den bedeutendsten Zentren der Edelmetallindustrie. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte darüber, ob die Konferenz als Vorstandskonferenz oder schon als die eigentliche Reichskonferenz zu gelten habe. Der Vertreter des Vorstandes, Kollege Reichel (Stuttgart), erklärte, daß diese Tagung vom Vorstand als Reichskonferenz einberufen, darüber sei niemand im Zweifel gelassen worden. Die Verhandlungen müssen lehren, ob eine weitere Konferenz nötig sei. Ein Teil der Kollegen war der Meinung, daß die Zeit der Einberufung zu kurz war, demnach auch keine genügende Führungswache mit den kleineren Orten habe stattfinden können. Während der Tagung wurde noch einmal der Antrag der Düsseldorf-Kollegen auf Einberufung einer erneuten Reichskonferenz eingebracht. Durch den Verlauf der Konferenz wurde dieser Antrag gegenstandslos. Die Tagesordnung lautete:

1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Gold- und Silberwarenindustrie und die organisatorische Zusammenfassung der hier beschäftigten Arbeiter- und Arbeiterinnen im Verband, a) in bezug auf die Betriebsräte, b) als geschlossene Branche.
2. Die künftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.
3. Die Lehrlingsfrage.
4. Die Ausfuhrabgabe und Zugsteuer im Edelmetallgewerbe.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Reichel (Stuttgart), daß die Gold- und Silberwarenindustrie nicht die rasche Entwicklung wie die anderen Gewerbegebiete genommen hat. Die Gewerbestatistik von 1895 ergab 5695 Hauptbetriebe mit 34 145 Beschäftigten einschließlich der Selbständigen. Die Aufstellung von 1920 ergibt 6800 Betriebe mit etwa 50 000 Beschäftigten. Die in den optischen Betrieben Beschäftigten sind nicht darin enthalten. Von den durch die Rundfrage erfassten Personen sind 32 874 im D. M. W. und 4424 in anderen Verbänden organisiert. Da die Edelmetallindustrie noch sehr viel Kleinbetriebe mit ein bis zwei Gehilfen hat, kann das Organisationsverhältnis als befriedigend bezeichnet werden.

Die Geschäftslage in der Branche ist sehr schlecht. Da die Edelmetallindustrie Saisongewerbe ist, kann eventuell im Herbst mit einer Besserung gerechnet werden. Der niedere Stand der Wälua brachte ein lebhaftes Auslandsgeschäft, doch ist durch die Wälua Spekulation auch dieses zerstört worden und die Nachfrage im Inland nach Luxusgegenständen gleich Null. Der Wiederaufbau unserer Industrie muß im Sinne der sozialistischen Gemeinwirtschaft erfolgen, was aber nicht von heute auf morgen geschehen kann.

Die Arbeitgeber versuchen die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne abzubauen. Wir müssen gerüstet sein, um alle Angriffe abzuwehren zu können. Den Betriebsräten erwächst die Aufgabe, gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften an Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken. Die Räte dürfen nicht über den Gewerkschaften stehen.

In der Gold- und Silberwarenindustrie soll die Zusammenfassung der Arbeiter und die Regelung aller einschlägiger Fragen örtlich durch die Branchen und zentral am Orte des Vorstandes durch die Verufszentrale erfolgen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute müssen die Verufszentrale über alle Vorkommnisse im Betrieb und den einzelnen Orten ständig auf dem Laufenden halten. Das gesammelte Material muß dann durch die Ortsverwaltungen wieder den Vertrauensleuten und Betriebsräten zugeführt werden. Der Referent legt folgende Resolution vor, welche auch einstimmige Annahme fand:

Die am 11. Juli in Frankfurt a. M. tagende Reichskonferenz der Gold- und Silberarbeiter beschließt zur Wahrnehmung der beschlossenen Forderungen der in der deutschen Gold-, Silber- und Schmuckwarenindustrie beschäftigten Arbeiter- und Arbeiterinnen die Errichtung einer Verufszentrale mit dem Sitz im Hauptbüro des D. M. W. in Stuttgart. Aufgabe der Verufszentrale ist:

1. Die Sammlung, Bearbeitung und Verwertung des für die Industrie und ihre Arbeiter in Frage kommenden einschlägigen Materials,
2. Die Beratung der Gold- und Silberarbeiter in allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten, namentlich auch auf dem Gebiete der Befähigung und des Ausbaues der Räte der Betriebsräte sowie die Förderung des Tarifwesens nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Zur Durchführung dieser Aufgaben der Verufszentrale sind die Verwaltungen, in deren Wirkungsbereich eine erhebliche Anzahl von Gold- und Silberarbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt sind, verpflichtet, dem Vorstand (Verufszentrale) vierteljährlich, im Bedarfsfälle auch monatlich, einen übersichtlichen Bericht über den Stand der Beschäftigung sowie über alle sonstigen wichtigen Vorkommnisse zu erstatten.

Die Betriebsräte der Gold-, Silber- und Schmuckwarenindustrie sind örtlich zusammenzufassen; sie bilden mit den übrigen Vertrauensleuten der Gold- und Silberarbeiter die große Branchenleitung (Verufszentrale) für alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Edelmetallindustrie.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gold- und Silberarbeiter liefern der engeren Branchenleitung die für ihre Verufszentrale die Ortsverwaltungen erforderlichen Unterlagen. Der Verufszentrale

ber in örtlichen Branchen zusammengefaßten Gold- und Silberarbeiter mit der Verufszentrale in Stuttgart erfolgt durch die Ortsverwaltungen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Reichel (Stuttgart). Er führt aus: Schon 1908 wurde eine Zentralstelle gegründet, die aber wieder eingeklappt ist. Die Arbeitszeit im Edelmetallgewerbe bewegt sich zwischen 46 und 48 Stunden. Sehr verschieden ist die Regelung der Urlaubsfrage. In der Regel erhalten die Arbeiter nach einem Jahr 3 Tage, zum Teil auch 4 bis 5 Tage Urlaub. In Hanau werden 6 Tage, freigegeben bis 12 Tage gewährt. In Bremen, Dresden und München gibt es 14 Tage, oft aber erst nach einer Beschäftigungsdauer von 20 bis 25 Jahren wird die Höchstgrenze erreicht.

Die Löhne schwanken ungeheuer. Es sind zu viel Lohnstufen nach Altersklassen vorhanden. Die Durchsetzung eines Einheitslohnes halte er nicht für möglich. Tagelöhner aber könnte sehr wohl im übrigen Aufbau der Tarifverträge eine größere Einheitlichkeit durchgeführt werden. Vor allem müßte ein Rahmentarif geschaffen werden. Dabei wird darauf hinzuwirken sein, daß bei den Männlichen nicht mehr als drei Gruppen: 1. gelehrte, 2. ungelehrte, 3. Maschinen- und angelernte Arbeiter festgesetzt werden. Die Akkordarbeit ist nicht gerechtfertigt. In der Praxis kommt es darauf an, daß ein bestimmter Prozentsatz über den Stundenlohn bei Akkordarbeit verbietet wird. Schwierig ist die Frage der Heimarbeit. Laufende von Kriegsbeschädigten können ihre Familie eben nur durch Heimarbeit ernähren. Die Heimarbeit muß unter die Kontrolle der Betriebsräte und der Gewerkschaften gestellt werden. Auf mit eigenem Werkzeug gearbeitet werden, so ist hierfür vom Arbeitgeber eine Entschädigung zu fordern. Seine Ausführungen fanden in nachfolgender Resolution ihren Niederschlag:

Die am 11. Juli in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der Gold- und Silberarbeiter Deutschlands ist der Ansicht, daß die Schaffung eines einheitlichen Reichstarifs zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht möglich ist.

Die Konferenz erachtet es jedoch für unbedingt geboten, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten und Betrieben nach möglichst einheitlichen Grundfähen erfolgt. Es ist deshalb durch den Vorstand in Verbindung mit einer Kommission eine Mustervorlage ausgearbeitet worden, die als Grundlage bei allen einzureichenden Forderungen dient und in der nur die Lohnsätze entsprechend den örtlichen Verhältnissen von den zuständigen Branchenvertretungen in Vorschlag zu bringen sind. Grundfährlich ist anzutreten, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, an den Sonnabenden 6 Stunden nicht überschreitet, daß die Gruppierung der Arbeiter in nicht mehr als drei, die der Arbeiterinnen in nicht mehr als zwei Gruppen erfolgt. Einheitliche Lehrverträge sind ebenfalls ausgearbeitet und an den einzelnen Orten sind paritätische Überwachungsinstanzen einzusetzen, die die Bestimmungen der Lehrverträge überwachen und für ihre Einhaltung besorgt sind.

Die für den Veruf in Frage kommenden einzelnen Orte haben durch eine Zentralstelle sich stets über Beginn, Verlauf und Erfolg der einzelnen Bewegungen zu unterrichten, damit eine Einheitlichkeit in den Bewegungen platzgreift und die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach den von der Konferenz aufgestellten Grundfähen ermöglicht wird.

Die Diskussion ergab volle Abereinstimmung mit dem Referenten. In die Branche der Gold- und Silberarbeiter sollen die Akat- und Diamantfleißer eingegliedert werden, während die in der Optik tätigen Kollegen nicht zu dieser Branche zu zählen sind. Die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Branche wurde abgelehnt. An die Metallarbeiter-Zeitung soll das Verlangen gestellt werden, Artikel gegen die Heimarbeit und über die Frage der Wälua von Arbeit nach Hause zu bringen. Anmerkung der Schriftleitung: Es wird in diesem Falle nötig sein, daß auch die Schriftleitung über derartige Mitteilungen in der Branche informiert wird, aus der Luft greifen kann sie nichts.)

Die vorgelegten Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Ebenfalls einstimmig wurde ein Antrag Reichel (Berlin) angenommen, der folgendes besagt: 1. Schaffung eines Reichsmanteltarifs, 2. örtliche Lohnregelung unter Zugrundelegung des örtlichen Existenzminimums, 3. Gründung einer zentralen Verufszentrale und Tarifkommission. In die Tarifkommission wurden für Berlin Reichel (Berlin), für die Wasserlande Lust (Bremen), für Mitteldeutschland Zepuntko (Dresden), für Pforzheim Hamann (Pforzheim), für Hanau Blumhöhr (Hanau), für Gmund Bihmeyer (Gmund), für das Rheinland Brudmann (Düsseldorf) und für Oberstein Everling (Oberstein) gewählt.

Über die Lehrlingsfrage referierte Kollege Hamann (Pforzheim). Die Lehrlingsfrage ist Sache der Gewerkschaften geworden. Laut Betriebsrätegesetz haben die Betriebsräte das Lehrlingswesen zu überwachen. Um vorteilhaft arbeiten zu können, empfiehlt Redner folgende Richtlinien:

1. Schaffung eines eigenen Lehrvertrags für das ganze Gold- und Silbergewerbe.
2. Ausbildung der Lehrlinge durch bestimmte Facharbeiter. Es darf nicht vorkommen, daß die Lehrlinge den einzelnen Arbeitern überlassen werden. Man fängt wieder an, Qualitätsarbeit herzustellen, wobei es auf tadellose Ausführung ankommt und deshalb ist es notwendig, die Lehrlinge auf saubere Arbeit auszubilden. Der Lehrlingsfrage muß unbedingt mehr Augenmerk zugewandt werden.
3. Entlohnung der Lehrlinge: Es ist notwendig, daß die Lehrlinge nicht mehr nach Wochenlohn, sondern nach Stundenlohn arbeiten.
4. Anzahl der Lehrlinge im Verhältnis zu der Zahl der gelehrten Leute. Die Annahme der Lehrlinge erfolgt nur durch Vermittlung des Arbeitsamts. Die Unternehmer müssen ihre Lehrlinge bei dieser Kommission anmelden. Die Kommission tritt zusammen und verteilt die Lehrlinge auf die Anzahl der einzelnen Betriebe. Alle Betriebe werden berücksichtigt.
5. Ferienfrage: Die Lehrlinge müssen Ferien erhalten.
6. Schulbesuch während der Arbeitszeit unter Fortzahlung des Lohnes. Der Schulbesuch fällt in die Arbeitszeit, so daß auch die praktische Arbeitszeit verloren geht.
7. Lehrzeit: Die Lehrzeit soll nicht länger wie drei Jahre betragen. Es wird aber verschiedentlich 3 1/2-jährige Lehrzeit verlangt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir die dreijährige Lehrzeit beibehalten können.
8. Die achtstündige Arbeitszeit: Die Arbeitszeit darf nicht länger wie 8 Stunden betragen. Manche Betriebsräte lassen zu, daß die Lehrlinge länger beschäftigt werden durch Aufräumen usw.
9. Einsetzung einer paritätischen Kommission.
10. Die Lehrverträge müssen ein Teil der Tarifverträge werden.

Nach kurzer Diskussion, in der zum Ausdruck kam, daß, solange die Eltern noch die Lehrverträge abschließen, keine durchgreifende Änderung des Lehrlingswesens erfolgen kann, wurde den Richtlinien zugestimmt.

Bei der Aussprache über die Zugsteuer und Ausfuhrabgabe wurde kritisiert, daß für echte Edelmetallarbeiter 5 Prozent Steuern erhoben werden, während die unechten Sachen mit 15 Prozent belastet werden. Dadurch wird das Geschäft vollständig unterbunden und die gesamte Produktion zum Stillstand gebracht. Wenn die Steuer nicht wegfällt, kann in verschiedenen Gegenden die Edelmetallindustrie erpaden. Diese Frage wird dem Vorstand unterbreitet, welcher versuchen soll, eine Ermäßigung der 15 Prozent Steuer durch die Regierung zu erzielen.

Nach einer Ermahnung, die Geschlossenheit der Organisation zu wahren zum Wohle der Branchenangehörigen und der Allgemeinheit, wurde die Konferenz geschlossen.

### Lehre und Lernen

Wer sich der guten alten Zeit erinnert, der wird wissen, daß man damals genug geistige Werkzeuge gegen das Proletariat besaß, die an Wirksamkeit den heutigen keineswegs nachstanden. Vom Gartenkatechismus zum Schulroman, von der Bibel bis zum militärischen Handbuch, alles weitestenteils in der Verbannung und Unterdrückung der Armen die Palme zu erringen. Hierzu zählt auch so manches liebe Sprichwort, das aus rüchardts gerichtetem Geist geboren, den einzigen Zweck hat, wieder rüchardtsigen Geist zu zeugen. Genau so, wie das „Werte und Arbeit“ für die Angehörigen der bestgehenden Klassen eine Erziehungslehre, für die Armen aber die Lösung: „Werte ist dein Kopf, denke nicht, aber schaffe für uns“ bedeutete, so war auch die Tendenz des berühmten „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ in erster Linie gegen die Armen bestimmt. Das Sprichwort scheint beim ersten Hinschauen eine Selbstverständlichkeit zu sagen: ... keine Herrenjahre. Man denkt daran, daß der Mensch in dem Alter, wo er lernt, eben noch keine Erfahrung hat und ihm noch manche Eigenschaften fehlen, ehe er selbständig anzuordnen imstande ist. Einen solchen Sinn haben wir selbst als Schuljungen wohl auch in dem Sprichwort empfunden, freilich, wie vieles in der allerersten Jugend, noch recht unbestimmt und unklar. Aber das Leber sorgte einige Zeit später schon dafür, daß uns der wirkliche Sinn recht klar und deutlich zum Bewußtsein kam. Wir haben zu unserem Schrecken wahrnehmen müssen, daß das Sprichwort gar nicht vollständig war. „Keine Herren-, sondern Hundsjahre“ hätte es damals heißen müssen, damals, als Prügeln und Mißhandlungen zu den selbstverständlichen Instruktionsmitteln, lange Arbeitszeit als beste körperliche Erleichterung und außerberufliche Hausnechts- und Dienstbotenfunktionen als willkommene Abwechslung betrachtet wurden. Die Volksschule vom alten Schrot und Korn hatte vorher auf diese Zustände vorbereitet und dafür gesorgt, daß der Junge beim Eintritt in das Lehrverhältnis in bezug auf die Prügellinse ja nicht aus der Gewohnheit kam. Wer genügend dickhäutig war, seine vier Jahre abzumachen, hatte es dann sogar zum Gesellen gebracht und konnte den Stolz genießen, anstatt mit „du“ und irgendeinem geschmacklosen Spitznamen mit „Sie“ und seinem wirtlichen Vornamen oder gar mit dem Familiennamen angesprochen zu werden. Man lange dauerte freilich die Glanzzeit kaum, dann begann die Ferienkolonie beim Kommis, die etwa aufsteigende Menschewürde so häufig wie möglich vernichtete. Wer ohne Neutrennungselbstmord auch diese Lebenszeit absolvierte und in die Berufsarbeit zurückkehrte, war wieder Schüge oder Lehmann, ohne „Herr“. Endlich dämmerte es dem jungen Proletariat, daß nicht nur die Zeit der Lehrjahre, sondern sein ganzes Dasein eben — keine Herrenjahre lemt.

So soll es aber nicht bleiben. Unser Kampf um ökonomische Befreiung ist gleichzeitig ein Kampf um unsere Menschenwürde. Das darf jedoch nicht bloß für die Erwachsenen gelten, sondern auch für diejenigen, die heute noch in dem Stadium stehen, wo sie für die meisten der erwachsenen Kollegen „der Junge“, „der Stift“ sind. Denn zugegeben, es möge vieles besser geworden sein, so muß man dennoch an manchen Orten das Gegenteil konstatieren. Das Anschauen ist noch nicht aus der Mode gekommen und die Prügellinse ist keineswegs ausgestorben. Ich glaube, die Zahl der Erwachsenden, die in dem Lehrling oder Arbeitsburschen wirklich den kleinen Kameraden und zukünftigen Kollegen erblickt, ist sogar im Zeitalter der Revolution und Solidarität leider nicht so hoch, wie man es nach all der Aufklärungsarbeit eigentlich erwarten dürfte. Und doch sollte man nicht bloß in der Veranmlung mit großer Geste auf die Jugend, unseren Verbandsnachwuchs, hinweisen, vielmehr überall und ganz besonders im täglichen Leben der Werkstatt an das Menschentum des jungen Mitarbeiters denken. Gewiß, das Gegenteil mag entsetzlicher sein. Jahrelanger Massenmord war keine Schule der Humanität. Und die Alten haben in ihrer Jugend die herbe Last einer „echten Lehre“ und wohl auch die eines mehrjährigen Arbeiterbrotts gespürt. Trotzdem darf in unserer Zeit kein Platz mehr sein für den Geist der Stajane: Weil es mit uns so gemacht wurde, deshalb machen wir es mit den nächsten wieder so. Fort damit! Umgekehrt müssen wir es tun: Weil wir am eigenen Leib erfahren haben, wie bitter jede körperliche und seelische Mißhandlung, wie feige und erbärmlich sie an Untergebenen ist, deshalb wollen wir uns hüten, sie an denen anzuwenden, die einst mit uns zusammen für — Menschenwürde kämpfen und kämpfen werden!

Man soll nicht so rückständig sein und glauben, nur durch Ohrfeigen einen Lehrling zur Aufmerksamkeit und zum rascheren Begreifen zu veranlassen. Das Gegenteil ist richtig. Wie mancher Junge, durch Lebnisse zur Freude an der Technik begeistert oder durch Reizung zu sinnvoller Arbeit einem Beruf der Metallindustrie zugeführt, ist durch schlechte Behandlung entgleist. Man werfe uns keine Gesinnungsleihe vor. Wir wissen alle, daß es unter den Jungen auch solche gibt, die mit 16 Jahren ein Mädel im Kopf haben, und andere, die mit den Gedanken beim Pferdekarren anfangen bei der Arbeit sind. Wer selbst Kinder hat, der wird solche Unterteile zu behandeln wissen. Doch auf alle Fälle, denen in Schaffen etwas so oft eine Fahrlässigkeit unterläuft, darf man solchen Verdacht nicht hegen. Wir wägen nur davon ermahnen, wie häufig ausgezeichnete Schüler in der Werkstatt recht schlechte Lehrlinge sind. Mancher als Jodelkopf bezeichnete Lehrling kam manchmal nur darum seine Gedanken schlicht auf die praktische Arbeit konzentriert, weil er jenen armen jungen Kopf selbst mit Lernen, Zeichen, Lesen und anderen nützlichen Dingen weit über seine Kräfte in Anspruch nimmt. Aber warum dann Mißhandlungen? Kann sich mancher Alte und vor allem mancher biedere Meister denn nicht in dem Denken und Fühlen eines jugendlichen Kameraden verstehen, um einzusehen, daß dem Jungen durch schlechte Behandlung der erwählte Beruf verleidet, das ganze Lernen verhasst wird? Das sind so die richtigen Ausflüsse des alten Geistes, den wir bekämpfen, wo wir ihn nur treffen können. Das war der alte Geist, der sich gegen die Armen richtete.

Denn die Reichen lernen ganz anders. Dies wird jeder Kollege wissen, der daran denkt, wie der spätere Direktor den Beruf praktisch erlernt, als er im Stehtrager an der Hobelmaschine und in der Schürze mit prächtiger Singelstange am Schwefelstein erschöpft. Wo war da der Junge, der an dem Herrn Koloniar täglich seinen „gesunden Hoffnungen“ wie Dattel Bräutigam ausgelassen hätte? Allerdings hat selbst unter unseren Kollegen manche, die da meinen, die Herren hätten auch nichts gelernt und konnten heute noch nicht. Nun, lieber Kollege, der du so denkst — es ist gut, wenn du deine praktischen Fähigkeiten richtig legierst. Aber läte überlege sich nicht! Sei versichert, wenn der Direktor es ernstlich nötig hätte, sich dein praktisches Geschick zu erweisen, er würde es in einer gewissen Zeit tun und dann deine Arbeit ebenso vernichten. Dann vergiß nicht, daß er dir außerdem in einem Punkt wirklich weit überlegen wäre, nämlich in der Allgemeinbildung. Diese hat er doch ohne Zweifel! Wo das Nichtwissen ist abgetan. Wir wollen ruhig die Beweise und Fähigkeiten jener Junger im Produktionsprozess eingesehen. Jedes, haben solche Leute ihre ersten Erfahrungen im Dienste vielleicht unter dem Zwang von Ohrfeigen und Schimpfwörtern gesammelt? Gab es für die Herren Koloniar derselben ungeschicklichen Anweisung, wie dem kleinen die alten Kollegen erließen? Haben die jungen Herren das geistige Werkzeug von einer ihrer Lebnisse gehabt, die man „Verständnis“ schenkt, die man 8 oder 10 Minuten Berufsarbeit befreit, wobei man spürt, daß man der Schmeichelei die eingewundenen Arme mit Schimpf, Schellen, Dursigen und Sonntagstagen zur Aufrechterhaltung ermahnt? Ganz sicherlich nicht!

Die Reichen lernen ganz anders. Die so manchen, ungeschick, einzig für die Armen herabgelassenen Sprichwort von jezt ins Gegenteil verkehrt wurde, so auch hier. Da es mancher Direktor und Ingenieur, der sich jetzt dem Willen einer Kapitalgesellschaft von herabgesetzten Besoldungen abzugeben sagen muß, der dann denkt, daß seine „Lehrjahre“ auf Lohnsumme und Gehaltszahl monatlich Herrenjahre waren! In diesen Monaten haben die jungen Angehörigen der bestgehenden Klasse die Straßstraße, die sie brauchen und die zu erwerben man ihnen durch alle erdenklichen Einrichtungen Gelegenheit bot. Da sind die großen Verkehrs- und Lehranstalten, reichlich, und, alles hindurch, hundertfach einwandfrei in jeder Beziehung. Ein ganzes Schulsystem, Gymnasien, Hochschulen, Diner usw. (lang)

und schafft dafür. Besonders Kesselhäuser zur Erwärkung der Räume, zur Dampferzeugung für die Maschinenlaboratorien sind eingerichtet, Dampfmaschinen und -turbinen, Explosions- und Elektromotoren, Dynamo- und Wärmemaschinen, teilweise von ganz ansehnlicher Leistung, alles nur zu dem einen Zweck berechnet, Kenntnisse zu vermitteln. Was an Eigentümlichkeiten des Betriebs sich nicht durch Worte entscheiden läßt und in der Fabrik zwischen erfahrenen Arbeitern oft lange Redebeschlägen verursacht, wird von geschickten Dozenten dort an den Versuchsmaschinen in wenigen Minuten zweifelsfrei klargestellt. Immer neuer geistiger Beterbau wird durch in den Hörsälen, wo die besten und kostspieligsten Instrumente zum Experimentieren und Messen vorhanden sind. Zu jeder beliebigen Zeit kann das Licht der Fenster vermittels maschinell betriebener Gardinen abgedunkelt und der ganze Raum verfinstert werden, wenn Strahlungserscheinungen zu beobachten sind oder der stets handverleihte Lichtbildapparat benötigt wird. An breiten, motorisch auf und ab bewegten Wandtafeln sichtigt der Professor, schreibt jede merkwürdige Bezeichnung, jeden fremden Ausdruck an; er weiß für jeden Vorgang Deutung und Literaturquellen und hat für viele fertige große Tabellen zur Verfügung. In den freundlichen, hellen Zeugnissälen hat jeder Studierende Gelegenheit, von der einfachsten Rechenlinie bis zum bunten Zweiquadratmeterplan seine graphischen Künste zu pflegen. Reiches Wissen, ebenfalls im praktischen Sinne; scharfen die chemischen Laboratorien, wo jeder seinen Einzelarbeitsplatz belegt und durch monatlanges Probieren und Beobachten gründliche Kenntnisse des stofflichen Wesens seiner Berufsmaterialien sammeln kann.

Lassen wir es damit genug sein — ich fürchte, die Sehnsucht nach solchen Beschäftigungen wird in mancher jungen Brust zu stark. Unsere Jugend, geistig am regsamsten, oft sogar sehr strebsam und verlangend, mezt am besten, was ihr vorkommt, wenn sie einmal freie Einbildung bekommt in das Reich der Wissenschaft. Deren Wert, den sie zunächst instinktiv fühlt, wird ihr bald zum vollen Bewußtsein gelangen. Volk begreifen wird sie, daß der Kampf ums Dasein ein geistiges Wüßweg der besten und vollkommensten Art erfordert, und nicht etwa ein solches, wie man es früher als für uns genügend erachtete. Nur ganz in dem äußersten Umriß wollten wir zeigen, wie man dort lernt. Ich habe beim Besuch solcher Bildungsstätten stets den Eindruck gehabt: hier kann es wirklich ein jeder begreifen. Mancher, der im Kopfe klein, aber im Geldbeutel groß, dort unter vieler Mühe durch alle Examina geschleppt wird, packt ohne solche Mittel nach seinem eigenen schwachen Geistesvermögen gerade zum Transmissionswörter, während manchem intelligenten Arbeiter Schätze des kostbarsten Wissens besichert werden konnten. Dort geistige Aппigheit, hier geistige Verkrüppelung. Kämpfen wir für gründliche Aenderung!

### Die Regelung der Lehrlingsfrage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Von H. Weimann (Düsseldorf).

In der Geschichte der deutschen Industrie wird die Lehrlingsfrage bereits eines der traurigsten Kapitel darstellen. Besonders hier im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo die wüchsigste Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ihre Triumphe feierte, war das Los mancher Lehrlinge ein verzweifelltes. Als der erwachsene Arbeitssklave dem Unternehmer in seiner Profitwirtschaft nicht mehr genügend Gewinn abwarf, als die Zirkonienpresse nicht mehr genügend Saft aus dem Körper des Proleten herauspreßte, mußte man nach anderen Erhaltungsmitteln suchen. Vielfach glaubte man in dem Lehrling das willige und billige Werkzeug der kapitalistischen Profitwirtschaft gefunden zu haben. In geradezu unverantwortlicher Weise wurde mit der sachlichen Ausbildung des Lehrlings Schindluder getrieben. Wir erkennen ohne weiteres an, daß einige Werte die Bedeutung der sachlichen Ausbildung für die Weiterentwicklung der Industrie längst erkannt haben und nach dieser Richtung hin Aufregungsgelüste heischen. Viele Betriebe glauben jedoch nur dem Namen nach Lehrlinge zu beschäftigen. In Wirklichkeit waren es nur billige Arbeitskräfte, die für Lehrlingslöhne die Stellen der Hilfsarbeiter versehen mußten. Wie gewissenlos nach dieser Richtung hin gewirtschaftet wurde, das mag aus einem ganz traurigen Beispiel hervorgehen, wo bei einer Firma 39 Lehrlinge und 1 Hilfsarbeiter, jedoch kein einziger Berufsarbeiter beschäftigt waren.

Die Bedeutung der Heranbildung guter Facharbeiter wird für die zukünftige Entwicklung unseres Wirtschaftlebens eine noch viel größere Rolle spielen als wie in der Vergangenheit. Nur ein Stamm tüchtiger geschulter Facharbeiter wird der Träger der zukünftigen industriellen Entwicklung sein. Die Übernahme der Produktion durch die Allgemeinheit wird um so leichter sein, je mehr tüchtige Facharbeiter uns zur Verfügung stehen. Deshalb mußten wir uns als Gewerkschafter mit allen Mitteln der Lehrlingsfrage annehmen, um die Ausbildung der Lehrlinge entsprechend ihren Anforderungen in zukünftigen Produktionsprozessen durchzuführen. Denn auch noch vieles im argen liegt, wenn auch noch manches nach dieser Richtung hin für die Zukunft gesehen wird, so stehen wir doch nicht an, zu erklären, daß mit der Regelung der Lehrlingsfrage im Rahmenvertrag für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk der Boden geschaffen wurde, auf dem die zukünftige, Anknüpfung des Lehrlingswesens befestigt werden und auf dem sich für die Zukunft weiter aufbauen läßt.

Es ist uns gelungen, für den ganzen Wirkungsbereich einen einheitlichen Lehrvertrag auszuarbeiten. Als Lehrlinge gelten für die Zukunft nur die, die einen derartigen Lehrvertrag abgeschlossen haben. Alle übrigen sind jugendliche Arbeiter und müssen auch als solche entlohnt werden. Die Lehrzeit beträgt im allgemeinen drei Jahre, nur in solchen Betrieben, wo eine mehrseitige jährliche Ausbildung gegeben wird, wie zum Beispiel in Lehrlingswerkstätten oder wo die Firma dem Lehrling neben der sachlichen Ausbildung auch noch theoretischen Unterricht gewährt, ist eine Lehrzeit bis zu vier Jahren zulässig. Die Arbeitszeit für Lehrlinge beträgt einschließlich des pflichtmäßigen Urlaubs der Fortbildungsschule 8 Stunden täglich bezw. 48 Stunden pro Woche. Sonntagsarbeit ist unzulässig. Ausnahmen dürfen nur im letzten Drittel der Lehrzeit ausnahmsweise zur Auszubildendenzwecken gemacht werden. Wird eine wichtige Reparatur vorgenommen, die wegen der damit verbundenen Betriebsstörungen nur am Sonntag ausgeführt werden kann und ist es für den Lehrling von Interesse, daß er den Mechanismus lernen lernt, dann ist Sonntagsarbeit zulässig. Die Löhne der Lehrlinge müssen bei den jeweils abguschließenden ordlichen Löhnen mit vereinbart werden, wodurch jede Willkür bei der Entlohnung beseitigt ist. Die Erziehung des Lehrlings muß eine wohlwollende und menschliche sein. Dadurch wird endlich das Zusammengehören mancher Lehrlings, der sich früher halb wie in einer Erziehungsanstalt vorkam, verschunnen. Auch muß in jedem größeren Betriebe zur Überwachung der Lehrlingsfrage ein praktisch und theoretisch vorgebildeter Ingenieur oder Meister verantwortlich bestellt werden. Durch die Einführung der Klausur, wonach die Zahl der Lehrlinge nur ein Drittel der im Betriebe beschäftigten Berufsarbeiter betragen darf, ist der Lehrlingszucker ein kleiner Nadel vorgeschoben worden. Auch ist die Erziehung von Fachauszubildenden für Lehrlinge, die aus Berufsarbeitern hergehen, vorgesehen. Die Lehrlinge haben die Durchführung des Lehrlingsabkommens zu überwachen und alle das Lehrlingswesen betreffenden Fragen zu regeln. Streitigkeiten zu lösen und an der Arbeitsprüfung mitzuwirken. Einmal soll nach werden, daß Fortbildungsschulunterricht bei der Lohnzahlung nicht in Anspruch gebracht werden dürfen. Die Anwesenheit für Lehrlinge auf der ersten Anhörung ganz zu befestigen, was uns nicht möglich war, ergibt sich aber, daß dieselbe nur im letzten Drittel der Lehrzeit gefordert ist.

Durch dieses Abkommen wurden viele Fragen geregelt, die von allen Lehrlingen dringend begrüßt werden müssen. Hoffentlich erkennen sie das an, indem sie durch fleißige Betätigung in der Jugendabteilung unseres Verbandes auch den solidarisches Geist und die gewerkschaftliche Ausbildung pflegen, um berechtigt als Kameraden Mitglieder im proletarischen Befreiungskampf tätig zu sein. In die erwachsenen Kollegen muß der Kampf gerichtet werden, die Augen und Ohren offenzuhalten und nach jeder Richtung hin dem Lehrling als kameradschaftlicher Helfer zu dienen.

### Wüssen wir uns um die Fortbildungsschule kümmern?

Von der Lohnfrage abgesehen, interessiert wohl unsere Jugend und besonders unsere Lehrlinge nichts mehr als die Fortbildungsschule. Jeder Lehrling, ganz gleich, ob er will oder nicht, muß zu der Frage der Fortbildungsschule Stellung nehmen. In der glücklichsten Lage ist nun meines Erachtens derjenige Lehrling, der den Willen zur Tat auch auf diesem Gebiet mitbringt, denn von dem Willen hängt letzter Endes ja auch immer der Erfolg ab.

Daß die Gewerkschaften neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge auch für Ausgestaltung der Fortbildungsschule tätig sein müssen, wurde ja im vorigen Jahre auf dem Gewerkschafts-Langjahr in Altr berg festgelegt. Man findet nun aber in der Jugend selbst oft Anschauungen, welche dahin gehen, daß die Gewerkschaften sich um diese Frage nicht kümmern sollen. Es wird da betont, daß die Reform der Fortbildungsschule eine reine Kulturfrage bzw. eine rein politische Frage sei, welche auch von den politischen Korporationen der Jugend selbst zu lösen sei.

Wenn zu dieser Auffassung die Vorbedingungen vorhanden wären, das heißt, wenn wir eine einheitliche große proletarische Jugendorganisation im politischen und kulturellen Sinne hätten, dann würde auch ich mich zu dieser Auffassung bekennen müssen. Aber ist dieses in der gegenwärtigen Zeit nicht der Fall und vielleicht auch für die nächste Zukunft noch nicht möglich. So bedauerlich wie diese Tatsache an sich nun auch ist, auf jeden Fall muß der gewerkschaftliche Jugendleiter dieselbe mit in Rechnung stellen, wenn er die Jugend zusammenfassen will zu einer Aktion für die innere Reform der Fortbildungsschule.

Die kleinen Gruppen der sozialistischen Jugendorganisation sind ja auch finanziell in der heutigen Zeit gar nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, welche die Propaganda für eine Umgestaltung der Schule verlangt. Des weitern haben diese Jugendorganisationen auch äußerlich noch lange nicht den Einfluß und das Ansehen gewonnen wie die Gewerkschaftsbewegung, welche infolge ihrer Machtstellung bei den Behörden und Schulleitungen auch für den nötigen Nachdruck sorgen kann. Ich möchte hier an einem Beispiel diese Behauptung beweisen:

In meinem Wirkungskreise brach im vorigen Herbst ein Fortbildungsschulstreik aus. Die Ursache war, daß der Unterricht nach der Arbeitszeit erteilt wurde. Der Streik setzte ein, ohne daß der von unserer Organisation eingesetzte Jugendauschuß (derselbe besteht nun aus jugendlichen Mitgliebern) verständigt worden war. Da es nun auch hier wie überall in der Jugend an der nötigen Schulung und Erfahrung fehlt, ist es wohl auch nicht verwunderlich, daß nach vier-tägigem Streik die Stadtverwaltung und Schulbehörde noch keine Kenntnis davon hatte, was eigentlich die Forderungen der Jugend waren. Erst das Eingreifen der Gewerkschaft sorgte dafür, daß die Forderung auf Verlegung des Unterrichts in die Arbeitszeit den maßgebenden Körperschaften unterbreitet wurde. Dies war aber bei weitem nicht das Wichtigste. Die Folge des Streiks war, wie voraus-aufsehen, eine Anzahl Maßregelungen von Lehrlingen seitens der größten industriellen Werke und ein förmlicher Negon von Strafmandaten seitens der Schulleitung. Auch da mußte unsere Organisation die nötigen Schritte unternehmen. Es ist uns denn auch teilslos gelungen, die Maßnahmen der Arbeitgeber und der Schulleitung rückgängig zu machen. Als wir uns auf Verlangen eines Teiles der Jugend des Streiks annahmten, rief uns der andere Teil stürmisch zu: „Gänge weg, das macht die Jugend selbst.“ Doch kaum waren die Maßregelungen eingetroffen, war die gesamte Jugend voll auf damit einverstanden, daß unsere Organisation die ganze Arbeit zu übernehmen hatte. Ich will in diesem Zusammenhang aber auch freudig anerkennen, daß wir seit dieser Zeit ziemlich reibungslos zusammenarbeiten können. Inzwischen ist es auch gelungen, durch billige Tarifverhandlungen die Schulzeit in die Arbeitszeit zu verlegen und die Bezahlung der Schulstunden ist gewährleistet. Mit den besseren Verhältnissen der Fortbildungsschule ist unsere Jugend jetzt also zufrieden.

Anderes sieht es dagegen mit der inneren Reform aus. Da gibt es für uns in der Zukunft noch ein großes Stück Arbeit. Vor allen Dingen muß man sich hier zu der Erkenntnis durchringen, daß eine Umgestaltung der Fortbildungsschule nur möglich sein kann, wenn alle in Betracht kommenden Faktoren daran mitarbeiten. Hier habe ich vor allem die Lehrerschaft und die Schüler selbst im Auge. Wir müssen in unseren Jugendversammlungen darauf hinwirken, daß zwischen Lehrer und Schüler ein immeriger Kontakt hergestellt werden muß. Eine freiwillige Disziplin müssen wir von unserer Jugend fordern, keinen alten Kadavergehorsam, wie es in früherer Zeit auch so oft in den Schulen der Fall war.

Wir ist bekannt, daß es zahlreiche Gewerkschaftslehrer gibt, welche den neuzeitlichen Bestrebungen der Schüler das weitgehendste Interesse entgegenbringen. Diese Kräfte müssen wir aber unter allen Umständen zur Mitarbeit gewinnen. Es ist uns dies um so leichter möglich, wenn wir in unserer Jugend dahin wirken und Verständnis dafür wecken, daß nicht immer der Lehrer schuld ist an dem dürftigen Unterrichtsstoff der Schule, sondern daß der Hauptbestandteil wohl in dem veralteten Lehrplan und den sonstigen vorläufigen Verordnungen begründet ist. Natürlich soll nun nicht damit gesagt sein, daß alle Klagen der Schüler über einzelne Lehrer unbegründet wären, im Gegenteil, wir ist ein Lehrer bekannt, welcher am 27. Januar des Jahres 1920 in der Fortbildungsschule angeblickt auf Wunsch der Schüler und mit dem Einverständnis des Schulausschusses eine regelrechte Kaisergeburtstagsfeier arrangiert hatte. Doch dies nur nebenbei. Die Geschichte der Vaterstadt, welche doch den meisten unserer jugendlichen Fortbildungsschüler noch aus der Volksschule geläufig ist. Ferner: Der preußische Staat, Meer und Marine, die deutschen Kolonien, Deutschlands Weltstellung usw.

Wenn man nun noch weiß, daß einzelne Lehrer dazu übergehen und Themas zur Sprache bringen wie Sozialdemokratie und Krieg, Entstehung und Verlauf des Weltkrieges, Entstehung der Revolution, so begreift man, daß die Jugend immer stürmischer einen Umsturz der Verhältnisse herbeiseht. Und das mit Recht. Die Ursache besteht nun einmal, daß die heutige Jugend teilweise wenigstens eine sozialistische Erziehung durch ihre Eltern genossen hat, und sie lehnt es deshalb ab, sich durch einen Lehrer, welcher sich vielleicht im Felde die Offiziersstreifen verdient hat, nun politisch beeinflussen zu lassen. Auf etwas anderes läuft diese Art Unterricht nämlich nicht hinaus. Dagegen müßte in den bürgerlichen Unterricht heute noch sehr vieles hineingebracht werden, ich verweise da nur auf das Tarifwesen, das Betriebsratsgesetz und vor allem dem Jugendbuch muß viel mehr Raum gegeben werden. Der Fachunterricht weist ja die großen Mängel nicht in dem Maße auf, aber immerhin ist auch da anzustreben, daß die Themas möglichst den Industriezweigen angepaßt werden, welche an dem jeweiligen Schulorte vorherrschend sind. Es soll da zum Beispiel in Orten, wo ausgeprochen die Schwerindustrie vorherrscht, nicht zuviel Zeit auf Steindruck- und Kohnabfabrikation verwendet werden oder umgekehrt. Wenn dies in kurzen Umriß dargestellt, kann man sich natürlich damit einverstanden erklären, denn eine gewisse Allgemeinkenntnis hat noch niemandem geschadet, aber Unverständliches bildet die heutige Fortbildungsschule denn doch noch nicht aus. Ich kenne nun zum Schluß und bilde mir nicht ein, die ganze Frage der Reform der Fortbildungsschule erschöpfend behandelt zu haben. Es soll dies nur ein Hinweis sein, was auf diesem Gebiete noch getan werden muß. Deshalb habe ich größtenteils nur das gesagt, was mir in der Praxis begegnet ist. Vielleicht nimmt der eine oder andere Jugendgenosse oder Jugendleiter dieses zum Anlaß und geht der Sache einmal tiefer auf den Grund. Die Jugendbewegung ist für uns Gewerkschafter zum großen Teil Neuland, da tauchen denn auch bald neue Probleme auf, welche der Lösung harren. Die Fortbildungsschulfrage ist ein solches Problem für uns, sie kann gelöst werden, wenn wir versuchen, die Schäden zu erkennen und auszumergen. Alle Verwaltungen unseres Verbandes sollten aber nun auch dazu übergehen, innerhalb ihrer Jugendversammlungen die Frage zu erörtern; hier gibt es, die Jugend geistig zu fördern, und das gehört zu unserer vornehmsten Aufgabe. D. Weinauge

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 6. Septbr. ist der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. September 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Verbandsstelle, Beginn der Beitragszahlung, Beitragssumme. Rows include Glauchau, Raumburg, Darel.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Dreher Heinz Müller, geb. am 9. September 1877 zu Karlinken, Buch-Nr. 1,478366, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 9. Bezirk: Der Mechaniker Christoph Gaffner, geb. am 15. April 1866 zu Baden, Buch-Nr. 8,161041, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rattowitz: Der Metallarbeiter Karl Meinert, geb. am 5. Mai 1891 zu Hamburg, Mitgliedschafts-Nr. 1,012248, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Luckenwalde: Der Metallarbeiter Emil Richter, geb. am 26. Febr. 1888 zu Spandau, Buch-Nr. 1,893028, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Mechaniker August Hermann, geb. am 21. Jan. 1874 zu Danzig, Buch-Nr. 2,416719, wegen unkollegialen Verhalten.

Der Werkzeugmacher Otto Loose, geb. am 20. Nov. 1887 zu Berlin, Buch-Nr. 980900, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde: Buch-Nr. 2,020469, lautend auf Edmund Hoffmann, Weber, geb. am 4. Februar 1898 zu Bleicherode (Coburg).

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugug ist fernzubalten:

- von Bronzearbeitern nach Grubmühl und Stodorf bei München St.; von Drahtwebern nach Regensburg D.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Eplingen (Eplingen Maschinenfabrik) M.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz S.; nach Leipzig D.; von Graveuren und Bisselentzen nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R.M. nicht unterstehen) D.; von Feilungsmontieren, Dübelmontieren und Helfern nach München St.; von Klempnern und Installateuren nach Stolp i. Pommern (Fa. Mengel) M.; von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. F. Kinkel) D.; nach Bremen S.; nach Danzig St.; nach Eßling D.; nach Hennef bei Siegburg St. und M.; nach Lübben (Fa. Kriebel) M.; nach Sommerda i. Th. (Rhein-Westf. Metallwarenfabrik) M.; nach Trier L.

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Goldschmiede.

Leipzig. In Leipzig war es bis vor kurzem unmöglich, die hier beschäftigten Goldschmiede zusammenzufassen. Die Arbeitsverhältnisse waren deshalb auch in dieser Gruppe die schlechtesten, die es in Leipzig gab. Nach und nach sind die Löhne einigermaßen demjenigen der Industriearbeiter angepasst worden, bis im Laufe dieses Frühjahrs die Unternehmer sich weigerten, dem Wunsch der Gehilfen Rechnung zu tragen. Daraufhin beschäftigte sich der Leipziger Schlichtungsausschuss mit der Angelegenheit und fällte einen Schiedsspruch, nach dem den Goldschmieden über 25 Jahre 5 M., über 21 Jahre 4,50 M., bis zu 21 Jahren 4 M., Angeleitene über 25 Jahre 4,25 M., über 21 Jahre 3,75 M., bis zu 21 Jahren 3,25 M., Polierleute über 18 Jahre 2,80 M., bis zu 18 Jahren 2,30 M. pro Stunde zugesprochen wurden. Gleichzeitig wurde die Ferienfrage und die Vermittlung der Arbeitskräfte geregelt. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedsspruch ab, so daß er vom Demobilisierungsausschuss für rechtsverbindlich erklärt werden mußte. Stünd die Löhne im Schiedsspruch in Anbetracht der Lebensverhältnisse noch miserabel genug, so werden sie von den Unternehmern auf keinen Fall ganz bezahlt. Sie erklärten sich bereit, bis zum gegenwärtigen Moment die Löhne zu zahlen, versuchen aber für die Zukunft, den Schiedsspruch mit seiner Rechtsverbindlichkeit illusorisch zu machen. Auf Wunsch eines Schiedsrichters der Leipziger Arbeitgeberverbände legten sie dann den Leipziger Kollegen den folgenden Vertrag vor, der die Löhne entgegen dem Schiedsspruch um 1 M. in den einzelnen Altersklassen herabsetzte.

Sehr geehrter Herr Kollege! Anbei übersenden wir Ihnen eine Anzahl Arbeitsverträge, die Sie mit Ihren Gehilfen ausfüllen wollen, und zwar pro Kopf 2 Stück. 1 Stück erbittet die Innung sofort ausgefüllt zurück an Unterzeichneten, um endlich ein Personalverzeichnis anlegen zu können. Die Verträge sind rechtsverbindlich und ist es Pflicht, die Lohnsätze einzufüllen, um Preissteigerungen in Zukunft zu vermeiden. Arbeitsverträge können nach entnommen werden. Mit kollegialen Gruß! Freie Innung der Juweliere, Gold- und Silber-schmiede zu Leipzig. J. B.: Franz Julius Müller, Schloßgasse 20, 2. Zwischen der Firma und den bei ihr beschäftigten Gehilfen wird mit Wirkung vom ... folgende Vereinbarung getroffen: § 1. Die Firma zahlt folgende Löhne: Spezialarbeiter nach Abereinstimmen. An Goldschmiede über 25 Jahre 4 bis 4,50 M., von 21 bis 25 Jahren 3,50 bis 4 M., unter 21 Jahren 3 bis 3,50 M., angelernte Arbeiter von 1,50 M. an. Nicht vollqualifizierte Gehilfen und Invaliden nach Vereinbarung.

§ 2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden ausschließlich der Pausen. Lohnzahlung jeder ... Kündigungstag für beide Teile ... Kündigungsgeld für beide Teile 14 Tage. Sofort entlassen kann werden, wer ohne Genehmigung seiner Arbeitgeber Heimarbeit in der Branche ausführt.

§ 3. Irigendwelche tarifliche Bestimmungen werden durch vorstehende Vereinbarung hinfällig. § 4. Unter Fortzahlung des Lohnes wird dem Gehilfen und Arbeiterinnen nach einjähriger Beschäftigungsdauer im Betriebe ein Urlaub von 3 Tagen gewährt. Für jedes weitere Beschäftigungsjahr erhöht sich der Urlaub um einen Tag bis zur Höchstzahl von 8 Werktagen. Leipzig, den ... 1920.

Unterstützt der Firma. Unterstützt der Gehilfen. Der diesen Vertrag unterschreibt und auf den Schiedsspruch dadurch verzichtet, kann bei den Mitgliedern der Goldschmiedeinung weiterhin auch voll beschäftigt werden. Für diese ist genügend Arbeit vorhanden. Für diejenigen, die auf den Schiedsspruch pochen, wird die Arbeitszeit verkürzt und sie werden dann nach Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist einfach auf die Straße geworfen. Der Grund ist angeblich Arbeitsmangel. Jetzt steht aber, daß ein großer Teil Arbeit von Leipzig aus von diesen Betrieben nach auswärts vergeben wird, nur zu dem Zweck, um den Leipziger Goldschmiedehilfen die Löhne des Schiedsspruches nicht zahlen zu müssen. Die Gold- und Silberschmiede ganz Deutschlands werden deshalb aufgefordert, Leipzig zu meiden und unter keinen Umständen in Leipzig Arbeit anzunehmen oder für Leipziger Firmen Aufträge auszuführen. Nur auf diese Art und Weise ist es möglich, daß die Leipziger Kollegen als Goldschmiede Löhne erhalten, die nicht allzu tief unter denen eines Straßendrehers stehen. Die Ortsverwaltung Leipzig.

Rupferschmiede.

Hannover. Die alten Kampfmittel wieder in Blüte. Ein beliebtes und zugleich feiges Kampfmittel der Unternehmer bei Streiks vor dem Kriege war die Verwendung von sog. schwarzen Listen. Dadurch sollte den Streikenden die Möglichkeit genommen werden, in einem anderen Betrieb der Branche unterzukommen. Daß diese Listen der von den Unternehmern Verfertigten schon längere Zeit wieder in größerem Maß im Umlauf waren, konnten wir schon seit längerer Zeit feststellen. Jetzt slog uns wieder ein solches „Kulturdokument“ zu, welches vom „Verein deutscher Rupferschmiedereien, Hannover“ verfaßt wurde. Das Schreiben enthält 38 Namen von Kollegen, die am 20. Juli in den Streit getreten sind. Die bestreikten Firmen werden ebenfalls benannt; es sind dies: F. G. Kühnlooff & Co., Wörflener & Ritter, Hannoverische Kupferschmiederei und Badefabrik, Seidenberger Maschinenfabrik und Eisengießerei und Heint. Parbey, sämtliche in Hannover. Unterzeichnet ist das Schreiben mit Fr. Funke, Vorsitzender. Mögen sich unsere Kollegen diese Firmen genau ansehen und aus den geübten Praktiken der Unternehmer die entsprechenden Schutzfolgerungen ziehen.

Metallarbeiter.

Nachen. Die Betriebsrätewahlen sind nun auch hier reiflos durchgeführt. Im D. R. M. stellen wir uns vor vornehmlich auf den Standpunkt, bei den Wahlen nur allein vorzugehen und keine Kompromisse mit Christen oder Girschen zu machen. Diese Lat war, daran bemessen, daß Nachen der schwärzeste Teil Deutschlands ist, von Erfolg gekrönt. Es wurden innerhalb der Nachener Metall- und Hüttenindustrie 261 Freiorganisationen, 68 Christen und 22 Girsche als Betriebsräte gewählt. Das sind Zahlen, wie sie sich auch der Mühe von uns nicht hätte träumen lassen. Wenn man bedenkt, daß im Nachener Gebiet bis vor kurzem immer die Christen noch tonangebend waren, wenn man weiter bedenkt, daß das Nachener Gebiet gemeinschaftliches Neuland darstellt, wo noch während des Krieges die Organisationen und besonders die freien nur schwer Fuß fassen konnten, so sind obige Zahlen als besonders großer Erfolg zu buchen. Aufgabe der organisierten Kollegen mit den Betriebsräten ist es nun, durch einmütiges Zusammenarbeiten die Reihen zu stärken, um dem Deutschen Metallarbeiter-Verband innerhalb des Wirtschaftskreislaufes denjenigen Platz zu sichern, der ihm auf Grund seiner Stärke zukommt. Deshalb frisch auf, Kollegen, an die Arbeit, damit auch im schwarzen Erdteil es endlich Tag werde.

Bremen. Trophem am Orte eine große Anzahl Arbeitslose ist, versuchen die Unternehmer, von auswärts Arbeitskräfte in größerem Umfang heranzuziehen. Wir stehen dauernd in Lohnkämpfen und Verhandlungen. Die Unternehmer wollen sich also eine Reservearmee von Arbeitslosen am Orte erhalten oder schaffen. Wir versuchen bringen, nicht nach Bremen zu kommen.

Fulda. Die Unternehmer der hiesigen Metallindustrie versuchten auf Grund der bestehenden miserablen Verhältnisse, die gerechte Forderung der Metallarbeiter rückständig abzuweisen und sie glauben, die gewerkschaftliche Spaltung der Metallarbeiter dazu auszunutzen. In einer Metallarbeiterversammlung, wo der Kollege Pfeiffer die ablehnende Haltung der Unternehmer kritisierte, wurde beschlossen, an den eingereichten Forderungen festzuhalten. Während einer Sitzung mit den Unternehmern zogen aus allen Betrieben die Kollegen zum Arbeitgeberverbandshüro und verlangten stürmisch die Anerkennung ihrer Forderungen. Nach kurzem Weigern fühlten sich die Unternehmer veranlaßt, die Forderungen anzuerkennen. Hoffen wir, daß auch hier in Fulda sich der freigewerkschaftliche Geist weiterentwickelt und daß die Kollegen zur Einsicht kommen, daß nur eine geschlossene, disziplinierte Masse zum Ziele kommen kann.

Hohenstein-Ernstthal. Eine sehr tüchtige Betriebsleitung scheinen sich die Schubert-Salzerwerke in ihrem Betrieb in Hohenstein-Ernstthal in den Herren Lieberknecht und Sohn geföhrt zu haben. Vor etlichen Wochen verunglückte ein in diesem Betrieb beschäftigter Arbeiter, indem er beim Maschinentransport abstürzte und sich außer geringen äußeren Verletzungen eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Kurz darauf wurde dem Verunglückten seitens der Betriebsleitung die Entlassung zugestellt, ohne der Betriebsrat davon in Kenntnis zu setzen. Nach dem Grund dieses schroffen Vorgehens gefragt, erklärten die Betriebsleiter, daß sich dieses nicht gegen den betreffenden Arbeiter richtet, sondern in ihrem Betrieb jedem Arbeiter bei voranschreitender Krankheitsdauer die Entlassung zugestellt würde. Es stände jedoch jedem offen, nach erfolgter Genesung sich wieder vorzustellen und um Arbeit anzufragen. Also, man wirft einen Verunglückten einfach auf die Straße, um ihn dann, natürlich wenn er den Herzen angenehm ist, wieder in Gnaden aufzunehmen. Interessant wird die Sache noch dadurch, daß bei der Firma Schubert-Salzer jedem Arbeiter von der dritten bis zur 26. Krankheitswoche eine wöchentliche Beihilfe gewährt wird. Trophem ist die Entlassung ausgeprochen! Dieser und ähnliche Fälle sollten der Arbeiterschaft Veranlassung geben, auf dem Posten zu sein. Gegebenenfalls muß bei der nächsten Gelegenheit einmal zu anderen Mitteln gegriffen werden.

Magdeburg. Eine sehr gut besuchte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nahm am Sonntag den 8. August im Konzerthaus den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung vom 2. Quartal entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die 30 verstorbenen Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle. Im Geschäftsbericht dankt Kaufers allen denen, die vor 29 Jahren den Grundstein für unseren Verband gelegt haben und gibt der Hoffnung Ausdruck, im nächsten Jahre das 20-jährige Bestehen würdig feiern zu können. Die Mitgliederbewegung zeigt eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung, nur noch wenige Mitglieder fehlen an 20000. Streiks sind im 2. Quartal nur zwei zu verzeichnen. Jedoch haben fast alle Branchen und auch die Großindustrie Lohnbewegungen erfolgreich abgeschlossen. Kaufers gibt dann eingehend Auskunft über das Einkommen der „Metallarbeiter-Zeitung“ und stellt die in der hiesigen „Volksstimme“ erschienenen Meldungen darüber richtig. Auch die Betriebsrätefrage wurde gestellt und von Kollegen Kaufers der Fall Rahner erläutert. Die Versammlung

berief durch erregte Zwischenrufe, daß das Verhalten der Großindustriellen in ihren Preisen größte Empörung hervorgerufen hat. Zum Schluß seiner Ausführungen geht Kaufers auf die Wirtschaftskrisis ein und zeigt an der Hand von einwandfreiem Material, daß die alten Unternehmerngewerkschaften jetzt schon wieder von den Arbeitgebern angewendet werden (schwarze Listen). Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde ohne mündliche Verlesung nicht gemüht. In der Debatte behandelten Otto und Albert Winger die Meldungen in der Presse und Kisten, den im 3. Punkt der Tagesordnung zu beratenden Antrag, der hiesigen „Volksstimme“ die Druckaufträge zu entziehen, abzulehnen. Die Kollegen Wild, Weich und Gruson polemisierten gegen die Kollegen Winger, sind aber mit dem Geschäftsbericht einverstanden. Im Schlußwort geht Kaufers auf die Ausführungen der Gebr. Winger ein und bemerkt, daß die Tatsachen von ihnen verdrängt sind. Auch die Vorwürfe von Gebr. Winger, der alte Vorstand sei von Profiteuren besetzt, wird von Kaufers einwandfrei widerlegt. Beim 2. Punkt der Tagesordnung stellt sich die Generalversammlung auf den Standpunkt, den Tarifvertrag der Metallindustrie nicht zu kündigen. Zum letzten Tagesordnungspunkt waren 4 Anträge eingegangen. Der Antrag, das Stempelgeld aus der Lokalfasse zu erhöhen, wird abgelehnt, ebenso erging es den Anträgen über die Arbeitsvermittlung, sowie dem Kollegen H. Müller zu einem Referat nach Magdeburg zu holen. Angenommen wurde der Antrag, der hiesigen „Volksstimme“ die Druckaufträge zu entziehen, weil nach Auffassung der Mehrheit der Generalversammlung die Volksstimme während der Reichstagswahl über Vorgänge in unserem Verband (eingestampfte Metallarbeiter-Zeitung) geschrieben hat, die nicht den Tatsachen entsprechen und einen schädigenden Einfluß auf unsere Organisation ausgeübt haben.

Sommerda i. Th. In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, Abteilung Sommerda, führt ein gewaltiger Mann das Wort. Als nach dem demütigenden Lager des März die hiesige Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufnehmen wollte, war es jener „Herrscher“, der 35 Arbeitskollegen erklären ließ, daß für sie vorläufig kein Platz mehr sei. Der Schlichtungsausschuss fällte einen Schiedsspruch, nach welchem eine Anzahl Kollegen wieder eingestellt werden mußte. Ein Teil dieser Kollegen wartet heute noch auf Einstellung. Die „Terroristen“, wie jener Herr die Kollegen nennt, müssen erst andere Gesinnung bekommen. Der Herr verweist natürlich bei „Terrorismus“ der anderen. Der Betriebsrat wurde von der Arbeiterschaft beauftragt, Verhandlungen mit der Direktion einzuleiten und die Vertreter der Organisation hinzuzuziehen. Dieses wurde von der Direktion glatt abgelehnt. Der § 32 des Betriebsstatutes ist diesem Herrn scheinbar unbekannt. Die gemäßigtesten Kollegen sind Facharbeiter und zum großen Teil Spezialisten. Sie haben sich durch allerlei Versprechungen verleiten lassen und sich hier angeheißelt und jetzt macht man sie ohne Rücksicht auf Frau und Kinder brotlos. Trophem tüchtige Facharbeiter am Orte zu haben, sucht man durch allerlei Versprechungen Kollegen von auswärts nach hier zu ziehen. Wie die Versprechen gehalten werden, wenn die Kollegen die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, dafür obiges Beispiel. Die Verhältnisse in Sommerda sind nicht die besten zu nennen. Wohnungsnot herrscht hier, wie in fast keinem Orte. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer. Die Kollegen im Lande seien also dringend gewarnt, hier ohne weiteres Arbeit anzunehmen. Der Arbeiterschaft von Sommerda aber rufen wir zu: Organisiert euch reiflos! Die kommende Zeit erfordert eine starke Organisation. Bedenkt: Vereinzelt sind wir nichts, vereint alles!

Walldingen und Umg. Konferenz der Betriebsräte des Verwaltungsbezirks. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde die drückende Überlegung der Bezirksräte vorgenommen und als Ausschub die Kollegen Karl Reerboth, Ernst Fischer, Friedrich Kiesel und Karl Schäfer, als Stellvertreter Wilh. Burtlin, Heinz Kindertrecht und Franz Schenkenmaier gewählt. Die Konferenz billigte das Verhalten des Vorstandes in Sachen Betriebsrätezentrale und vermißt jede Sammlung und Zurendung von Geldern, welche von dieser Seite eingeleitet und gefordert wird. Ferner wurde beschlossen, im Laufe des Winters die Schulung der Betriebsräte energisch in die Hand zu nehmen. Unter Verschiedenem wurde Stellung zu der auch in unserem Bezirk herrschenden Krise, zu der für die Metallindustrie breunenden Vehlungsfrage, wo Übereinstimmung herrsche, daß die Zahl der Vehlungen unbedingt eingeschränkt werden muß, genommen. Ebenso nahm die Versammlung Stellung zu den Arbeitsordnungen und zum Steuerabzug. Hierzu lag folgende Entschließung Vangenbuder, die angenommen wurde, vor: „Die heutige Konferenz erhebt energischen Einspruch gegen den Steuerabzug, weil er sich als Unnahmegesetz gegen die Arbeiter auswirkt. Wir fordern eine andere, proportional anders gestufte Erfassung und bessere Berücksichtigung der wirtschaftlich schwachen Lage der Arbeiterschaft.“

Metalldrucker.

Berlin. Noch einmal vor unserer Reichskonferenz muß ich die breitere Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Aus den Berichten, welche bisher bekannt sind, ist kein ähnlicher Fall vermerkt, wie ihn die Unternehmer hier in Berlin glauben herausziehen zu müssen. Mögen die Gründe der wirtschaftlichen Krise, in der wir uns augenblicklich oder vielmehr schon seit längerer Zeit befinden, sein, welche sie wollen, Tatsache ist und bleibt jedenfalls, daß auch in dieser schweren Zeit die ganzen Massen auf die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden sollen. In Wirklichkeit sieht es doch nun so aus, daß unsere Verdienste noch gar nicht an das vom Statistischen Amt errechnete Existenzminimum heranreichen. Um nach der bis jetzt überstandenen Zeit noch Mehrarbeit zu leisten, dürften wohl die Kräfte der wenigsten Hand- und Kopsarbeiter noch ausreichen. Bezüglich der Lohnfragen ist man nun von Unternehmern lange genug um den heißen Brei herumgegangen, hat es aber noch nicht gewagt, der Arbeiterschaft in dieser Beziehung den Kampf anzufügen. Wir haben jetzt in Berlin zu verzeichnen, daß man glaubt, die Arbeiterschaft durch Hunger dahin zu bringen, ihre Arbeitskraft so billig als möglich anzubieten. Im ersten Falle: Verteilung von ... Berlin S., Ritterstraße, wurde die Belegschaft angeblich wegen Mangel an Arbeit auf die Straße geworfen, nach kurzer Zeit wurden vom paritätischen Rat zwei Kollegen angefordert, jedoch wurde ein geringerer Verdienst in Aussicht gestellt, als ihn die entlassenen Kollegen dort erreicht hatten. Von den Berliner Metallindustriellen ist alles aufgetrieben worden, um den Kollegen, es handelt sich um Brüder, welche die Arbeit unter diesen verschlechterten Bedingungen in diesem Betriebe nicht annehmen wollten, die Abkempfung der Arbeitslosenliste zu unterbinden, was sich auf alle Kollegen unserer Branche ausdehnen sollte. Nur der bewundernswürdigen Haltung der sich in großer Notlage befindlichen Kollegen ist es zu verdanken, daß dieser schmutzige Anschlag illusorisch geworden ist. Alle arbeitslosen Druiderkollegen der Verwaltungsstelle Berlin waren feil entschlossen, jedem derartigen Ansinne auf das energischste entgegenzutreten. Der zweite Fall sollte nicht lange auf sich warten lassen. In dem Betrieb von ... Berlin M., sind den Kollegen vor längerer Zeit Aufbesserungen auf die Marktpreise zugestanden worden. Jetzt erklärt der Unternehmer, dazu nicht mehr in der Lage zu sein. Bei den stattgefundenen Verhandlungen ist es zu keiner Einigung gekommen und haben die Kollegen, um sich keine Verschlechterung ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen aufdrängen zu lassen, aufgehört. Während der Verhandlung ließ die Firmenleitung erkennen, daß die Arbeit nach der Drohung gegeben werden würde. Druiderkollegen aus dem Meide, sollten auch nur Arbeiten aus Berlin angeboten werden, steht die Ortsverwaltung Berlin sofort davon in Kenntnis. Für die arbeitende Bevölkerung im allgemeinen heißt es jetzt vor allen Dingen, jeden Streit in den eigenen Reihen beiseite zu lassen und das ganze Augenmerk dorthin zu richten, wo uns der Kampf droht, nach dem Lager der Kapitalisten. Darum, ihr noch in Arbeit stehenden Kollegen! Stärkt untern Arbeitslosen das Rückgrat, seit gegebenen Falles auch zu Opfern bereit, laßt euch nicht durch Notweil irgendwelcher Art von der wackeligen Gefähr ablenken! Denn man wartet auf der gegenüberliegenden Seite ja nur darauf, aus der Uneinigkeit innerhalb der Reihen der organisierten Arbeiterschaft den Vorteil zu ziehen. E. Sübner.

# Rundschau

## Werbeprämien für erfolgreiche Agitation

verspricht der Girsch-Dundesche Gewerksverein seinen Mitgliedern in der neuesten Nummer des "Regulator". Es heißt dort:

Eine Morgengabe für den Delegiertentag und damit für uns alle wäre eine starke Mitgliederzunahme des Gewerksvereins. Sie kann erreicht werden, wenn alles Hand anlegt und eine gut angelegte Hausagitation etwa Ende September in jedem Ortsverein gemacht würde. Für die besten Ortsvereine und die besten Vertrauensleute sind wertvolle Werbeprämien bereitgestellt. Näheres in den September-Teilungen. Wer macht den Sturm auf die Festung der Lohnheit und Gleichgültigkeit mit? Anzug: Sturmgepäck.

Das kann ja heiter werden, wenn die Girsche feldmarschmäßig ausgerüstet Ende September losrücken. Worin soll das Sturmgepäck bestehen, wollen sich die Agitatoren vielleicht in das Schwanz eines Don Quixote hüllen? Es wäre in der Tat nicht übel. Immerhin sind wir gespannt, wieviel Girsche nach dem Sturm auf die Festung prämiert in Deutschland herumlaufen.

## Welche Abzüge können bei der Steuererklärung vorgenommen werden?

Nach dem Reichseinkommensteuergesetz können von dem Einkommen, das der Reichsbesteuerung unterliegt, in Abzug gebracht werden die Ausgaben für besondere Arbeitsleistung, für Fahrtkosten von und zur Arbeitsstätte, ein Mehraufwand für den Haushalt, wenn die Ehefrau mitarbeitend, die Schuldzinsen sowie Leihgebühren, die Beiträge, die der Steuerpflichtige und seine Angehörigen für Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Angestellten-, Erwerbslosen-, Witwen- und Waisenversicherung zu zahlen haben. Auch die Sterblichkeitsbeiträge können in Abzug gebracht werden, wenn sie 100 M nicht überschreiten. Die Prämien für Todes- und Lebensversicherungen des Steuerpflichtigen und seiner Angehörigen, wenn sie den Betrag von 600 M nicht übersteigen, können gleichfalls in Abzug gebracht werden. Abzugsfähig sind auch die Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge für Kulturförderung, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen bis zu einem Betrage von 10 v. H. des Einkommens. Um an einem praktischen Beispiel die Veranlagung darzumachen, wollen wir die Steuern eines Arbeiters veranlagung. Dieser Arbeiter, nehmen wir an, hat eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern unter 17 Jahren. Seine Belastung nach dem Reichseinkommensteuergesetz würde sein:

Einkommen des Mannes	9500,- M
Davon gehen ab:	
Steuerfreies Einkommen für den Mann	1500,- M
für die Frau	500,-
für die Kinder je 700 M	2100,-
Fahrtkosten für Eisenbahn oder Straßenbahn oder Fahrrad monatlich 30 M	360,-
Einen Arbeitsanfang	200,-
Schuldzinsen	150,-
Beitragsanteile für Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung für den Mann	320,-
desgleichen für die Frau	150,-
Beiträge für Sterblichkeits	100,-
Prämien für Todes- und Lebensversicherungen für Mann und Frau	250,-
Gewerkschaftsbeiträge für den Mann	78,-
desgleichen für die Frau	52,-
Auf Sammelkarten für Erwerbslosgezeuget	15,-
Beiträge für die Parteioorganisation	15,80
<b>5780,60 M</b>	

bleibt steuerpflichtiges Einkommen 3709,40 M

Zur Steuer werden in diesem Beispiel 9500 M weniger 5780,60 M = 3709,40 M, nach unten auf volle Hundert abgerundet, veranlagt, das sind also in diesem Falle 3700 M.

Die Reichseinkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M des steuerpflichtigen Einkommens 10 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M 1 v. H. mehr. In diesem Beispiel der bezahlenden 3700 M steuerpflichtigen Einkommens sind deshalb 421 M Steuern pro Jahr zu entrichten.

## Proletarische Kultur.

Außenkultur ist unsere Zeit. Draußen liegt der Mensch das Glück. Die oberflächlichen Gemüths des Lebens sind der Inhalt der kapitalistischen Zufriedenheit. Und je härter der Mensch solcher Fremdenwelt wirtschaftlich gestellt ist, um so mehr hat er teil an dieser Scheinkultur.

Außenkultur ist unsere Zeit. Selbst das geistige Erleben bekommt von außen seine Anregung, denn selbst der höchste geistige Begriff, den sich der Mensch geprägt, "Gott", wirt von außen auf die Menschenseele ein.

Das ist das bezeichnende Merkmal der ganzen Kulturentwicklung bis zum Heute, daß sie den Dualismus von außen und innen kennt, daß sie das Glück von außen ins Innere hineinträgt. Und das ist das Revolutionäre der beginnenden proletarischen Kultur, daß sie die Lebensverhältnisse so gestalten will, daß das Glück dem Menschen in der eigenen Seele sprieht.

Frei soll die Seele sein, froh soll der Mensch anleben in seiner natürlichen Menschheit. Er soll er selbst sein. Er soll sich selber fühlen in seiner ganzen geistlich-geistigen Bestimmung, seine ganze volle innere Persönlichkeit. Dann trägt er selber sein Glück in der eigenen Brust. Dann ist das Herz so groß und so voll und so weit, daß es geben muß, um glücklich zu sein, daß es anstehen muß an alle Brüder von seiner Seelenmitte. Dann steht vor innen nach außen das Glück. Dann ist die Menschenseele der einzige Born aller Menschentugend, dann ist das Glück das wahre, lebendige Herzenglied, dann — wenn die proletarische Kultur gekommen.

## Soziales Los und Nachwuchs.

Die Erziehung mit Mütterlichkeit ist bekanntlich von der größten Bedeutung für die Erhaltung der Gattung. So haben in Berlin im ersten Lebensmonat fast dreimal soviel Säuglinge, die mit Mütterlichkeit erzieht wurden, als Säuglinge, die von ihrer Mutter die natürliche Nahrung bekamen. Und während im Sommer fünfmal soviel Säuglinge überleben als in den übrigen Jahreszeiten, ist die Sterblichkeit auch die Sommerzeit bei den Säuglingen nur ein halbmahl so groß. Was sagen da alle Säuglingskennzeichen, wenn das Mütter nicht an der Mutter angelehnt wird? Das soziale Glück ist die Regel eines Lebens. Dr. Engelhardt hat kürzlich festgestellt, daß ein einziges Mütter, Geringfügigkeit der Mutter dem Leben des Kindes gegenüber sehr selten ist. Die sozialen Verhältnisse sind es, die die Mutter zur künftigen Erziehung veranlassen. Am traurigsten sind die Mütter dann, die gezwungen sind, arbeitenden Frauen Erzieherin zu werden. Und das sind sehr viele, denn 60 bis 80 v. H. aller Mütter müssen sofort nach ihrer Entlassung dem Proletariat nachgehen und fast 10 v. H. aller Säuglinge sind unheilbar. Es ist überaus bedauerlich für den Kapitalismus, daß in diesem wesentlichen Punkte der Volkserziehung soviel verloren geht. Das Proletariat hat hier eine der wichtigsten Aufgaben zu erfüllen.

## Ungeheure Mißstände im Herbergsweise.

Dem Schrift und Ungeheure organisierte Kollegen aller Parteiführer, die von den Unternehmern täuschlich gehaltenen Arbeitslosigkeit zum Opfer fallen, sind ganz unglaublich, daß die Wanderarbeiterschaft, welche sich nicht in der Lage der Erwerbslosenarbeiterschaft befindet, sondern die, was hauptsächlich bei Arbeiter unter 21 Jahren und für die in kleineren Städten unterhaltungsbedürftigen zutrifft, so minimal, daß ein Auskommen für diejenigen, die

nicht über ein kleines Vermögen verfügen oder aus sonst irgend einer Quelle Zuschüsse erhalten, unter den jetzigen ärmlich schwierigen Verhältnissen vollständig unmöglich ist. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, da durch die oben angeführten Gründe die Arbeitslosigkeit wieder ausbricht, einmal auf die ungeheuren Mißstände im Herbergsweise hinzuweisen. Obgleich das Reisen an und für sich doch die größte Sorge des Wanderers das Nachtquartier. In Städten wie Göttingen, Eßlingen, Heilbronn, Schweinfurt, ja sogar in Städten wie Augsburg, Mannheim, Frankfurt usw., wo Werkvermittlungsbüros da sind, kann man nicht einmal mehr übernachten, entweder man hat die Herberge geschlossen oder man hat die Betten an arbeitende Kollegen vermietet. Das man Betten an Kollegen, die in Arbeit stehen, vermietet, dagegen habe ich durchaus nichts einzuwenden, denn jedermann weiß, daß das die Wohnungsnot mit sich bringt. Aber man müßte auch der reisenden Kollegen bedenken und einige Betten für dieselben freihalten, dadurch würde vermieden, daß man als freigeberpflichtig organisierter Arbeiter immer auf die Herberge zur Heimat angewiesen oder, was noch schlimmer ist, gar im Freien kampieren muß. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, hier einmal nach dem rechten zu sehen und für schnelle Abhilfe zu sorgen. Joseph Soelmann.

## Arbeiterrecht.

Ist die Teilnahme an einem politischen Streit ein Tarifvertragsbruch? Diese Frage ist schon von jeher in der Praxis viel umstritten. Infolge der bewegten Zustände auf dem sozialen Gebiet in fast allen europäischen Staaten ist sie zu erhöhter Aktualität gelangt. Das schweizerische Bundesgericht hat nun auf diese Frage eine Antwort erteilt, die sicherlich auch außerhalb der Schweiz Interesse erwecken wird. Es handelt sich hierbei um folgenden Fall: Eine Gewerkschaft wurde von einer Aktiengesellschaft als Arbeitgeberin zur Zahlung eines doppelten Betrages (2000 Franken) der abgemachten Konventionalstrafe wegen doppelten Bruches des Gesamtarbeitsvertrages durch die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft eingeklagt. Die Aktiengesellschaft konstatierte einen Bruch des Gesamtarbeitsvertrages aus dem Umstand, daß die betreffenden Arbeiter sowohl an einem Proteststreik wie auch am Generalstreik vom November 1918 teilgenommen hatten. Die Klage der Aktiengesellschaft wurde von den kantonalen Instanzen gutgeheißen; die erste Zivilabteilung des Bundesgerichts hat aber die Klage der Aktiengesellschaft abgewiesen. Der Begründung ist nun folgendes zu entnehmen: Der Gesamtarbeitsvertrag ist kein Dienstvertrag. Er verpflichtet weder zur Dienstleistung gegen Entgelt noch zum Abschluß von Dienstverträgen. Er stellt lediglich Normen auf, die für den Fall des Abschlusses von Dienstverträgen zu beachten sind. Durch die Teilnahme der Arbeiter an den beiden Streiks haben sie nicht eine Änderung des Gesamtarbeitsvertrages erwirkt wollen, sondern durch die Arbeitsniederlegung bezweckten sie lediglich eine Manifestation gegen behördliche Maßnahmen (Militäraufgebot), eine Demonstration aus politischen Gründen. Die Arbeitergewerkschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß die Konventionalstrafe nur gefordert werden könnte, wenn eine Vertragsverletzung zu Unrecht vorgekommen, während das Verhalten der Arbeitergewerkschaft durch die Grundsätze der Solidarität, deren Beachtung in Arbeitskämpfen ebenso mache, geboten gewesen sei. Obiger Entscheid des Bundesgerichts hat für die schweizerische organisierte Arbeitergewerkschaft, die sich mit Gesamtarbeitsverträgen gegenüber den Unternehmerorganisationen verpflichtet hat, große Bedeutung. Er widerlegt die Behauptung der Prinzipalität, daß jede Arbeitsniederlegung, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entstehen kann, vertragsbrüchig sei, und gibt der Auffassung recht, daß bei Massenaaktionen auch die mit Gesamtarbeitsverträgen gebundenen Gewerkschaften freie Hand haben sollen, im gemeinsamen Interesse und aus Solidarität die Arbeit einzustellen oder nicht.

## Die proletarische Arbeitskraft

hat, wie zu erwarten, in den letzten Jahren eine ganz bedeutende Minderung erfahren. Das beweisen uns die Anträge auf Gewährung einer Invalidenrente, die im Jahre 1919 an die Landesversicherungsanstalt Berlin gerichtet wurden. Während 1918 nur 7274 Anträge gestellt worden sind, brachte das Jahr 1919 10211 Anträge. Eine ganz besondere Zunahme der Invalidität weisen die proletarischen Frauen auf. Das zeigen uns auch die Bewilligungen der Invalidenrente. Sie betragen bei den Männern gegenüber 1918 ein Mehr von 51 v. H., bei den Frauen aber ein Mehr von 71 v. H. Das ist der Schock, den Kapitalismus und Imperialismus dem proletarischen Volke gebracht haben.

## Vom Ausland

### Cschecho-Slowakei.

Die deutschen Gewerkschaften in der tschecho-slowakischen Republik. Der von der Landesgewerkschaftskommission der deutschen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei an den in den letzten Wochen abgehaltenen Gewerkschaftskongress erstattete Bericht zeigt die erfreuliche Tatsache eines starken Wachstums aller Verbände seit dem Zerfall des alten Österreich. Bis Ende des Jahres 1919 waren 22 Verbände aufgezählt, die insgesamt 1481 Ortsgruppen und 299 091 Mitglieder zählten. Ingesamt ist in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres die Mitgliederzahl der in der Landesgewerkschaftskommission vereinigten Verbände auf 352 608 gestiegen. Außer der mühevollen Arbeit, die beim Aufbau der neuen Verbände zu leisten gewesen ist, nahmen die immer wiederkehrenden Lohnbewegungen die Vertrauensleute aller Verbände fast in Anspruch. Sind doch davon im Jahre 1919 nicht weniger als 179 durchgeführt worden, deren Ergebnis 1442 Lohn- und Arbeitsverträge bilden. In 104 Fällen mußten die Arbeiter durch Einstellung der Arbeit ihren Forderungen nachgeben, ehe sich die Unternehmer bereit fanden, Entgegenkommen zu zeigen. Der Mitgliederbestand in den einzelnen Verbänden am 31. März war folgender: Legalarbeiter 88 065, Metallarbeiter 44 956, Bergarbeiter 34 248, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter 13 788, Seemannsarbeiter 13 472, Beamten- und Industriearbeiter 12 800, Gasarbeiter 12 100, Holzarbeiter 11 726, Angestellte in Industrie, Handel und Verkehr 9520, Handels- und Transportarbeiter 8249, Laborarbeiter 5069, Weinbauarbeiter 478, Staats-, Landes- und Gemeindegewaltliche 4742, Köppler 4271, Lebens- und Genossenschaftsarbeiter 3207, Bergbau- und Hüttenangestellte 3200, Gesundheits- und Krankenangestellte 2029, graphische Arbeiter 1764, Gärtner 1016, Köppler 901. Die deutschen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei haben also ihren Neuaufbau in einer Art vollzogen, mit der sie zufrieden sein dürfen.

### Eingegangene Schriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Das achtbändige Amt und die Nationalität (Herausgegeben von Hans Thoma). Preis 250 M. — Ein Dokument deutscher Soldaten. Beiträge zur deutschen Kriegsjahresgeschichte. Von R. Oehm. Herausgegeben von H. G. Preis 4 M. Verlag: Neues Vaterland, Berlin. Das A-B-C des Sozialismus. Von R. Thoma und E. Perschke. Preis 25 Kronen. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien. Marx, Engels und Lassalle als Philosophen. Von Carl Schlegel. Preis 5 M. Verlag: J. G. B. Dietz, Stuttgart. Die Arbeiterbewegung und die Arbeiter der Arbeit. Von Max Fröhen. Preis 3 M. Verlag: Dietz, Stuttgart. Die Arbeiterbewegung und die Arbeiter der Arbeit. Von Max Fröhen. Preis 3 M. Verlag: Dietz, Stuttgart. Die Arbeiterbewegung und die Arbeiter der Arbeit. Von Max Fröhen. Preis 3 M. Verlag: Dietz, Stuttgart.

Das Forum, Herausgeber W. H. Herzog. Vierteljährlich 4 M. Verlag: Gustav Kiepenhauer, Berlin, Potsdam. Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift. Preis pro Quartal 6 M. Verlagsgesellschaft Normarta, Wien. Die neue Zeit, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Vierteljährlich 13 M. Verlag: J. G. B. Dietz, Stuttgart.

Arbeiterbildung. Monatschrift für die Arbeiterbildungsausschüsse und Bildungsorgan für die Jungsozialisten. Vierteljährlich 6,50 M. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgeber: Dr. Gustav Hoffmann. Preis der Heft 1 bis 6 4,40 M. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Kassel.

Arbeiterjugend und soziale Frage. Von Hans Gadow. Preis 3 M. Verlagsgesellschaft "Freiheit" Berlin O. 2. Der Arbeiterbewegung in der deutschen Maschinenindustrie. Von Dipl.-Ing. Dr. M. Seyfert. Preis 10 M. — Die Entwicklungsgrundzüge der industriellen (spannenden) Metallbearbeitungstechnik im 18. und 19. Jahrhundert. Von Dr.-Ing. Berthold Buchbaum. Preis 7 M. — Leitfaden der Hüttenkunde für Maschinenbauingenieur. Von Dipl.-Ing. R. Gomer. Preis 9 M. — Leitfaden der Elektrotechnik. Von Krause-Wieweger. Preis 20 M. Verlag: Julius Springer, Berlin.

Technik und Industrie. Jahrbuch der Technik. Zeitschrift für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Elektrotechnik, Gesundheits- und Maschinentechnik, Chemie, Kriege-, Flug-, Schiff- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie, Volks- und Weltwirtschaft. Jahrgang VI. 1919/20. 7 Hefen. Mit 310 Abbildungen. Gebunden 12 M., gebunden 20 M. Metzler und Chemikalien. Produktion, Handel und Konsum. Graphische Darstellungen und Statistiken bis zum 15. Jahrhundert juristisch. Continent-Export Co. mit beschränkter Haftung. Hamburg 11, Altonaerstraße 2/4.

Elektrische Beleuchtungstechnik. Ein Leitfaden für die Bestimmung, Berechnung und Prüfung der künstlichen Beleuchtung für Architekten, Ingenieure, Beleuchtungstechniker, Fabrikanten und Installateure von Ingenieur Fritz Glos. Mit 97 Abbildungen und Tabellen. Akademisch-technischer Verlag Johann Sammel, Frankfurt a. M. Preis kartoniert 6 M.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

Grundriss der doppelten Buchführung aus dem Wesen der kaufmännischen Unternehmungen erklärt von Dr. Ernst Pape, Professor an der Universität Frankfurt. Preis geb. 12 M. Verlag: G. W. Bloedner, Leipzig. Den Betriebsräten zu empfehlen.

Das Rechnen der Metalle und das Rechnen der Metalle. Lehrbuch der Oberflächenbehandlung der Metalle und Legierungen für künstlerische, kunstgewerbliche, gewerbliche und industrielle Zwecke von Georg Dauscher, München. Zweite neu bearbeitete Auflage mit 10 Abbildungen. Preis broschiert 9 M. und 10 v. H. Leuzinger-Verlag. Berlin W. 10, Genthinerstraße 39.

## Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(v. a. G., Hamburg.)

### Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juli 1920.

Einnahmen:	
Von den Filialen eingekandt	285 389,25 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	2973,60.
Zinsen	5212,50.
Mieten	884,05.
Sonstiges	892,80.
<b>Zusammen</b>	<b>296 382,90 M.</b>
Ausgaben:	
An die Filialen gesandt	2782,10 M.
Krankengeld an Einzelmitglieder	1655,15.
Sterbegeld an Einzelmitglieder	200,-
Verwaltungskosten	28 119,17.
Sonstiges	11,60.
<b>Zusammen</b>	<b>28 787,92 M.</b>
Abschluß:	
Einnahmen	296 382,90 M.
Ausgaben	28 787,92 M.
<b>Mehreinnahmen</b>	<b>267 594,98 M.</b>
Rassenbestand am 1. Juli 1920	4 094 585,16
= 31. = 1920	4 857 180,54 M.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (v. a. G.), Hamburg 1, Defensindorferhof 70 zu richten. Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede. Mit Gruß F. Weiss, Hauptkassier.

## Mitteilung des Verlags!

Die Ortsverwaltungen des D. Metallarb.-Verb., welche die Bestellungen des Metallarbeiter-Notizkalenders für 1921 noch nicht aufgeben haben, werden ersucht, dies ungekündigt zu tun, damit den Wünschen der Verbandsmitglieder auf rechtzeitige Lieferung der Kalender entsprochen werden kann.

Stuttgart, 30. August 1920. Alexander Schlicke & Co., Verlag des Metallarbeiter-Notizkalenders.

## Verbands-Anzeigen

**Angestellte gesucht.** Die Adresse soll die Bemerkung tragen "Bewerbung". **Stettin.** Erster Geschäftsführer zum sofortigen Antritt gesucht, mit Verwaltung u. Agitation vertraut, mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied und auf dem Boden der Stuttgarter Verbandsgeneralversammlungsbeschlüsse stehen. Respektiert wir nur auf erste Kraft. Bevorzugt werden Kollegen, welche angeführten Posten bereits bekleidet haben. Gehalt nach der Höhe der Stuttgarter Generalversammlung beschlossener Lohnskala. Gesuche unter Angabe der bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit Lebenslauf und Verbandsmitgliedschaft in der Stuttgarter Arbeiterbewegung. Stellung zur Betriebsrätefrage umgehend! Spätestens aber bis zum 19. September 1920 an die Verwaltungskasse Kirchhoffstr. 6.

## Sonstige Anzeigen

**Karoffelkumpfer.** tätige, für unsere Abteilung Karoffelkumpfer, für sofortige Ausführung der Arbeiten an **Carotenweil, Sechshaus & Co.,** Kassel.

**Maschinenbauer.** tätige, für Ammen- **Handhauer.** tätige, Lohn in Danneberg sofort gesucht. **Eisenacher Feilenfabrik.** **Bauer & Co.,** Eisenach i. Th., Langenhalber Straße 17.

**Metallgießer.** durch das Arbeitsamt Mühlheim a. M. **Oswaldsches Eisen-Industrie, Reg. & Weihenburger, Mühlheim a. M.**

Druk und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchhändler und Verlags, Stuttgart, Körnerstraße 16 B.